Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 25. Donnerstag, den 30. Januar 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Reaktion in Finnland.

Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns:

Wollte man die politische Lage Finnlands in einem Satz kennzeichnen, so könnte man einfach sagen: Die Reaktion schreitet in gesteigertem Tempo vorwärts, während von der Landesverfassung nur noch Trümmer übrig geblieben sind! In dieser Vernichtungsaktion gegen das kleine Staatswesen an der Schwelle des Zarenreiches liegt ein System. Das Zerstörungswerk schreitet je nach den Kräfteverhältnissen im Zarenreiche schneller und langsamer fort, und die Angriffspunkte werden von der Reaktion so gewählt, daß sie in dem gegebenen Moment nur einen geringen Widerstand befürchten lassen. Heute liegt die finnische Justiz geknebelt am Boden; nicht nur die Magistratspersonen aus einigen Städten, auch die Mitglieder der höchsten Gerichtshöfe, der Hofgerichte, werden gewaltsam nach Petersburg geschleppt, wo sie in russischen Gefängnissen den russischen Untersuchungsrichtern Rede und Antwort stehen müssen, und von russischen Richtern zu schweren Kerkerstrafen verurteilt werden. Alle Vorschriften der finnischen Verfassung, die ihnen finnische Richter, finnische Rechtsprechung und Verteidigungsmöglichkeit zusichert, werden von der russischen Regierung mit Füßen getreten — und alles deshalb, weil die finnischen Richter an den Vorschriften der Landesverfassung festhalten!

Worauf stützt sich nun die russische Regierung in ihrem barbarischen Vorgehen gegen das finnische Volk? Am 12. Januar 1912 wurde in Rußland ein Gesetz angenommen und sanktioniert, das im Widerspruch zu der finnischen Verfassung und den finnischen Gesetzen bestimmt, daß alle in Finnland lebenden russischen Staatsangehörigen in rechtlicher Beziehung den finnischen Staatsbürgern gleichgesetzt werden sollen. Nach der finnischen Rechtspraxis müssen sie aber erst in den finnischen Staatsbürgerverband aufgenommen werden, um die Rechte der finnischen Staatsbürger zu genießen. Nur diese Praxis ist für die finnischen Richter und Amtspersonen maßgebend. Nun kommt aber die russische Regierung und verlangt, die finnischen Richter und Amtspersonen sollten das russische Gesetz vom 12. Januar, das durch einen Ukas am 14. Mai 1912 veröffentlicht wurde, respektieren, d. h. das gewaltsam aufgezwungene Gesetz höher stellen als das verfassungsmäßige Recht des Landes. Da aber die finnischen Richter und Amtspersonen der Landesverfassung treu blieben, wurden bereits die Magistratsmitglieder von Wiborg und Nystadt, wie die Mitglieder des Hofgerichts von Wiborg von russischen Polizeischergen nach Petersburg geschleppt und zu Kerkerstrafen verurteilt.

Die Vergewaltigung der finnischen Justiz ist keineswegs die einzige Ausdrucksform des barbarischen Finnlandskurses der russischen Regierung. Hierher gehört auch die im verflossenen Jahre vollzogene Annektierung des finnischen Lotsenwesens, die nicht nur einen Rechtsbruch gegen den finnischen Staat und die Lotsen bedeutet, sondern auch dem Handel und Verkehr Finnlands mit den westeuropäischen Staaten empfindlichen Schaden zufügt. Der gesamte finnische Staatshaushalt kam im verflossenen Jahre in eine größere Abhängigkeit von der russischen Regierung als je zuvor. Der finnischen Staatskasse wurden wiederum 13 Millionen Mark als sogen. Militärkontribution entnommen, und die Forderungen des Generalgouverneurs, der Polizei und der pensionierten hohen Beamten verschlangen so gewaltige Summen, daß die kulturellen Ausgaben des Landes wegen Mangel an Mitteln — wie die russischen Regierungsgewaltigen sich auszudrücken belieben — auf das äußerste eingeschränkt werden mußten. Dies alles genügt aber noch der russischen Regierung nicht. Der russische Generalgouverneur drängt unablässig darauf, daß ihm die Diktaturgewalt verliehen werde, um das durch die russische Gewaltherrschaft bis ins innerste aufgewühlte Land mit Feuer und Schwert überziehen zu können.

Obgleich der Generalgouverneur bisher diese außerordentlichen Vollmachten noch nicht erlangt hat, waltet er im Lande doch wie ein Diktator. Beamte, die verfassungsmäßig die Aufgabe hätten, die gesetzliche Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten, sind zu Handlangern des Generalgouverneurs degradiert, und spionieren in seinem Auftrage in den Vereinen und Arbeiterorganisationen herum. Der Generalgouverneur will die Arbeiterorganisationen unter Polizeiaufsicht bringen wie in Rußland, deshalb verlangt er, daß ihm das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder mitgeteilt wird. Da kein Mensch hierzu verpflichtet ist, wendet er Gewalt an. Ebenso läßt er durch seine Handlanger Versammlungen aufheben, Rednern das Sprechen verbieten usw. Der schwedische Reichstagsabgeordnete Genosse Branting durfte in Abo nicht reden, ebenso Professor Broda in Helsingfors. Dem sozialdemokratischen Abgeordneten Airola wurde der Aufenthalt in Wiborg, wo er als Redakteur unseres Parteiblattes tätig war, verboten, und er selbst wurde gewaltsam aus der Stadt entfernt. Russische Regierungskommissionen erwägen immer noch den verbrecherischen Plan, das Gouvernement Wiborg oder Teile davon Rußland anzugliedern. Andere Kommissionen haben die Aufgabe erhalten, eingehende Pläne über die Einbeziehung Finnlands in das russische Zollgebiet auszuarbeiten. Hierbei spielt die Einführung des Korn- und Mehlzolles, im Interesse der russischen Getreidehändler und der finnischen Agrarier, die größte Rolle. Diese Maßregel, die der unbemittelten Bevölkerung einen jährlichen Tribut von 30 Millionen Mark auferlegen würde, ist von so einschneidender Bedeutung für die gesamte wirtschaftliche Lage, daß das Volk schon jetzt eine umfangreiche Protestaktion im ganzen Lange eingeleitet hat.

Außer den genannten Maßnahmen planen die russischen Finnenhetzer noch zahlreiche andere Gesetze, die die bürgerlichen Freiheiten Finnlands vernichten und dieses Land dem politisch rechtlosen, geknechteten, ausgebeuteten Reiche gleichsetzen sollen. Als Werkzeug hierzu soll wiederum die Duma mit ihrer einseitigen Gesetzgebung in Aktion treten. Da bei allen Gewaltmaßnahmen gegen Finnland das russische „Staatsinteresse“, das Interesse der russischen „Nation“ usw. in den Vordergrund geschoben wird, kann die russische Regierung, angesichts der junkerlich-nationalistischen Mehrheit in der vierten Duma auch jetzt auf ihren Beistand rechnen. Die finnische Verfassung, der finnische Landtag, kommt hierbei garnicht in Betracht. Nominell existiert die finnische Volksvertretung noch. Aber auch ihre Rechte werden beschnitten, und ihre gesetzgeberische Tätigkeit bleibt fruchtlos, weil fast alle Beschlüsse des Landtags in Petersburg unberücksichtigt gelassen werden.

So befindet sich Finnland auch jetzt auf einer herabsteigenden Linie, im harten Kampfe um seine elementarsten Rechte, um seine alte Kultur, um seine politische und rechtliche Selbständigkeit. Harte Kämpfe stehen dem Lande auch in diesem Jahre bevor. Aber die treibende Kraft seiner Entwicklung, die Arbeiterklasse, verzagt nicht, sondern steht mutig auf ihrem schweren Posten, dessen eingedenk, daß die wiedererwachte revolutionäre Bewegung der russischen Arbeiterklasse auch ihr die Befreiung bringen wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag gegen den Kanzler.

Der deutsche Reichstag wird bei der Abstimmung über die Polenpolitik der Regierung dem Reichskanzler ein Mißtrauensvotum erteilen. Das ist das sichere Ergebnis der gestrigen Interpellationsdebatte.

Vermutlich tröstet sich Herr v. Bethmann Hollweg mit dem Bewußtsein, daß in unseren unparlamentarischen Verhältnissen seine Ministerexistenz damit nicht gefährdet ist. Vielleicht wird er sogar die Gelegenheit nicht ungern benutzen, um zu demonstrieren, wie geringe unmittelbare Wirkungen ein Beschluß des Reichstages auslöst. Das mag sein. Aber die Genugtuung, die der Kanzler über die Rückständigkeit unserer Verfassung und unserer politischen Einrichtungen empfinden mag, ist ihm eben doch nicht mehr, als ein jämmerlicher Trost für die klatschende Ohrfeige, die ihm heute appliziert werden wird, und von deren Derbheit er gestern schon eine deutliche Vorahnung erhalten hat.

Von vornherein suchte die Reichsregierung — wie zu erwarten war — den Schein zu retten, als ob das Parlament des Deutschen Reiches garnicht berufen sei, seine Meinung über die Polenpolitik zu äußern. Der Kanzler erschien nicht, hinterließ vielmehr, wie Hermann Wendel mit netter Ironie sagte, ein Stück Papier und einen Staatssekretär. Herr Lisco hatte die Erklärung zu verlesen, in der der ebenso alte wie törichte Kompetenzeinwand erhoben, und mit allerhand Formalien gedeckt wurde. Der Reichstag ließ sich hierdurch keineswegs stören, ebenso wenig durch den programmäßigen Auszug der Regierungsvertreter und beschloß die Besprechung der Interpellation, die von Herrn Seyda im Namen der polnischen Fraktion mit scharfer Energie begründet wurde. Er kündigte schließlich den Antrag auf Erteilung des Mißtrauensvotums an, nicht ohne zu bedauern, daß die Geschäftsordnung zu einer garnicht beabsichtigten milden Form nötige.

Genosse Wendel, der früher schon über die Polenfrage viel bemerkte Studien veröffentlicht hat, sprach für unsere Fraktion. Seine Rede war ein Meisterstück sachlicher und rhetorischer Überlegenheit, und ihrem Eindruck vermochten sich auch die entschlossensten Hakatisten nicht zu entziehen. Die geschichtlichen Ausführungen, die übrigens Herrn Kaempf zu recht — ungewandten Einwendungen reizten, die rechtlichen Darlegungen waren in der Schärfe der Deduktion, in der präzisen Charakteristik der echt preußischen Methode außerordentlich wirkungsvoll. Den konservativen Junkern wurde besonders eigentümlich zumute, als Hermann Wendel ihnen den Präzedenzfall vorhielt, den sie mit diesem Versuch der Enteignung geschaffen haben — für die kommende größere Enteignung. Das Haus hörte diese Darlegungen, denen die geistreiche Eleganz des Vortrages einen besonderen Reiz verlieh, mit großer Aufmerksamkeit an.

Die Redner aus den übrigen Parteien äußerten sich so, wie man es hatte vermuten können. Der Zentrumsredner Graf Praschma überraschte freilich durch eine gewisse Schärfe, die wohl darauf hindeutet, daß das Zentrum mit seinen Verhandlungen über das Jesuitengesetz noch nicht zu Ende gekommen ist. Von den Nationalliberalen sprach Herr Schlee, von den Konservativen Graf Carmer-Zieserwitz, von der Reichspartei Herr Mertin, mit den üblichen alldeutschen Redensarten zugunsten der Regierung, während der Fortschrittler Pachnicke nach einigem Schwanken zwischen materieller Mißbilligung der Politik und formalen Bedenken sich für die Stimmenthaltung entschied. Einen Anhänger fand die Regierung nur noch in dem unvermeidlichen Herrn Mumm, während der Pole Morawski, der Däne Hansen und der Elsässer Thumann sehr entschieden gegen sie Stellung nahmen. Auf die Einwände und Ausreden der Hakatisten antwortete Genosse Ledebour mit witzigen und treffenden Bemerkungen. Die Abstimmung findet heute statt.

Um das Mandat des Reichsverbändlers.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ weist mit allem Nachdruck die Behauptung zurück, als ob innerhalb der nationalliberalen Reichstagsfraktion Unstimmigkeiten ausgebrochen seien über das Verhalten der nationalliberalen Vertreter in der Wahlprüfungskommission, die für die Ungültigkeit des Mandats des nationalliberalen Reichsverbandsdirektors Dr. Becker gestimmt haben. Ganz besonders wird betont, daß es absolut unrichtig sei, daß Abg. Bassermann die beiden nationalliberalen Kommissionsmitglieder beeinflußt habe. Immerhin scheinen in der Frage der Gültigkeit des Mandats Becker zwei Richtungen bei den Nationalliberalen vorhanden zu sein; denn die „Nationalliberale Korrespondenz“ muß selbst zugeben, daß sich die nationalliberale Fraktion erst ein Urteil bilden wolle, wenn der Bericht der Wahlprüfungskommission vorliege. Tatsache ist jedenfalls, daß der rechte Flügel der Nationalliberalen alles versuchen wird, das von der Wahlprüfungskommission für ungültig erklärte Mandat Beckers diesem zu erhalten. Becker ist mit einer Mehrheit von zwei Stimmen gegen den fortschrittlichen Pfarrer Korell gewählt worden. Der Wahlprotest, der von der fortschrittlichen Seite eingelegt wurde, hatte das Ergebnis, daß nach erfolgter Beweisaufnahme die Mehrheit für Becker nicht mehr vorhanden war. Von fortschrittlicher Seite wurde aber noch ein weiterer Nachtragsprotest eingereicht, der sich auf Vorgänge bei der Wahl im Orte Sprendlingen, dem Wohnsitze Beckers, bezog. Wäre dieser Wahlakt im ganzen für ungültig erklärt worden, dann hätte der fortschrittliche Protest erreicht, daß die Mehrheit für Becker gestiegen und damit die Gültigkeit seines Mandats sichergestellt worden wäre. Die Wahlprüfungskommission hat sich nun auf den Standpunkt gestellt, daß ein Protest stets nur gegen den Sieger, niemals aber gegen den Unterlegenen ausgelegt werden kann. Von einer restlosen Kassierung der Wahl in Sprendlingen ist deshalb Abstand genommen worden. Nachdem ziffernmäßig festgestellt war, daß Dr. Becker die Mehrheit nicht mehr hatte, blieb selbstverständlich auch den beiden nationalliberalen Mitgliedern der Wahlprüfungskommission nichts andres übrig, als für die Ungültigkeit des Mandats zu stimmen. Daß sie vom Abg. Bassermann beeinflußt worden sind, ist nicht wahrscheinlich, denn der Abg. Bassermann konnte von dem Ergebnis der Verhandlungen vorher nicht unterrichtet sein. Immerhin wird die Prüfung der Wahl im Plenum des Reichstags zu heftigen Auseinandersetzungen führen.

Funkspruch nach den deutschen Kolonien.

Bei der Beratung des Postetats in der Budgetkommission des Reichstags gab Staatssekretär Kraetke auch Aufschluß über die auf der Telefunkenstation Nauen bei Berlin gemachten Versuche, mit den deutschen Kolonien von Nauen aus in Verbindung zu treten. Die Versuche seien durch den Einsturz des Nauener Turmes zwar aufgehalten worden, doch werde im Jahre 1914 die Verbindung Nauen—Togo—Südwest—Afrika in Betrieb genommen werden können. Weitere Ausdehnung des Netzes auf Ostafrika und die Südseekolonien sei beabsichtigt.

ebenso der Anschluß an Japan. Ferner führte der Staatssekretär aus, daß eine Einigung zwischen den verschiedenen drahtlosen Systemen über den Dienst von Schiff zu Schiff und nach dem Lande zustandegekommen sei und am 1. Juli d. Js. in Kraft treten werde.

Die ausländische Fleischeinfuhr zurückgegangen.

Die Einfuhr an frischem Rindfleisch ist von 42 000 dz im November, auf 32 000 dz im Dezember zurückgegangen. Damit übersteigt sie die Einfuhr des Dezember 1911 nur noch um 10 000 dz. An der Einfuhr von Rindfleisch des letzten Monats sind wieder in erster Linie beteiligt Dänemark mit 14 709 dz, die Niederlande mit 8178 dz, und Rußland mit 5079 dz; es folgen Schweden und Frankreich mit weniger als 2000 dz. Die Einfuhr von frischem Schweinefleisch hat eine kleine Steigerung erfahren: sie betrug im Dezember 48 037 dz gegen 39 600 dz im Monat vorher. Zum Vergleich sei angeführt, daß im Dezember 1911 nur 1291 dz Schweinefleisch eingeführt wurden. Die Zulassung von Schlachtrindern aus den Niederlanden zur Abschlachtung in öffentlichen Schlachthöfen großer Städte verursachte eine Einfuhr von 3037 Stück, das bedeutet einen Rückgang von fast 2000 Stück gegenüber dem Monat vorher,

Der Rückgang der Fleischeinfuhr, der auf die Preissteigerung zurückzuführen ist, erscheint uns nicht verwunderlich; er beweist nur, wie ungenügend die Regierungsmaßnahmen gegen die Teuerung sind.

Gegen die Ostmarkenzulage.

Der im Jahre 1907 gewählte Hurra-Reichstag bewilligte für die Postbeamten in den mit polnischer Bevölkerung durchsetzten Bezirken der preußischen Ostprovinzen eine Extrazulage — die Ostmarkenzulage —, die 10 Proz. des Gehalts beträgt. Durch diese Zulage sollen die Postbeamten für die hakatistische Politik, also zum Kampf gegen das preußische Polentum eingefangen werden. Die preußischen Beamten in den erwähnten Bezirken erhalten die Zulage sogar auf Grund einer gesetzlichen Bestimmung im preußischen Besoldungsgesetz. Der im vorigen Jahre neugewählte Reichstag strich die Ostmarkenzulage im Postetat. Im Etat für 1914 fordert die Regierung wiederum 1,1 Millionen, um die Ostmarkenzulage zahlen zu können. Es kam deshalb in der Budgetkommission des Reichstags zu lebhaften Auseinandersetzungen. Staatssekretär Krätke gab sich die erdenklichste Mühe, die Bewilligung der Ostmarkenzulage zu erzielen, und glaubte dabei, der Kommission vormachen zu können, die Ostmarkenzulage stelle keine politische Maßregel dar. Diesem Versuche traten die Genossen Noske und Ledebour energisch entgegen. Für eine Besserstellung der unteren Postbeamten trete die Sozialdemokratie ein, wie sie erst in voriger Woche bewiesen habe; aber polizeiliche Korruptionszulagen lehne sie ab. Wenn die Regierung den am vorigen Freitag gefaßten Beschlüssen für Erhöhung der Unterbeamtengehälter beitrete, erhalten alle eine Aufbesserung ihres Einkommens. Der Hinweis, die Ostmarkenzulage sei deshalb gerechtfertigt, weil die Beamten in den gemischtsprachigen Bezirken viel schwereren Dienst haben, könne schon deshalb nicht gelten, weil im Westen Deutschlands ebenfalls hunderttausende Polen wohnen, ohne daß die Postbeamten auch dort eine Zulage erhalten; ebensowenig in Lothringen, Masuren usw. Die hakatistische Politik durch Reichsaufwendungen zu fördern, müsse strikt abgelehnt werden; die Ostmarkenzulage sei eine gehässige politische Maßregel und die famose Praxis der Verwaltung, Postbeamte polnischer Nationalität nach der Provinz Sachsen und nach dem Westen zu versetzen, bedeute eine geradezu unverantwortliche Erschwerung des Postverkehrs. — Diesen Darlegungen traten auch Redner des Zentrums und der Polen bei, während Konservative, Nationalliberale und Volksparteiler für die Ostmarkenzulage plädierten und dabei mit kühner Stirn ebenfalls zu bestreiten suchten, daß die Zulage aus politischen Gründen gefordert wird. Da Zentrum, Sozialdemokraten und Polen die Mehrheit bilden, die Ablehnung also sicher war, versuchte der nationalliberale Beck die zur Bewilligung von besonderen Unterstützungen der Verwaltung gewährte Summe von rund 3,7 Millionen Mark um die als die Ostmarkenzulage geforderten 1,1 Millionen zu erhöhen, also auf Umwegen die Ostmarkenzulage in den Etat hineinzuschmuggeln. Aber das Manöver mißlang. Nach langer, teilweise scharfer Debatte wurde die Ostmarkenzulage abgelehnt, ebenso der Antrag Beck. Angenommen wurde eine Resolution, die die Einführung von Kinderzulagen für verheiratete Postbeamte fordert; abgelehnt ein nationalliberaler Antrag, der für die außerhalb Preußens wohnenden Reichspostbeamten, die eine höhere Staatssteuer als in Preußen zahlen müssen, ein Ausgleich geschaffen wird.

Zentrum und Militärvorlage.

Kaum ist offiziös zugegeben, daß eine neue Militärvorlage kommen wird, und schon steht fest, daß das Zentrum sie schlucken wird. Die „Kölnische Volkszeitung" bringt in ihrer Abendausgabe vom 28. Januar einen Leitartikel, in dem sie u. a. schreibt:

„Es wird wieder ganz gleich sein, die Vorlage zu vertreten, oder sie zu bekämpfen. Der Regierung wird man mit Grund entgegenhalten, daß sie noch vor ganz kurzer Zeit unsere Rüstungen als völlig ausreichend für längere Zeit erklärte und zwar als ausreichend natürlich für jede Möglichkeit, denn nicht für den Frieden, sondern für den Krieg ist ja das Heer letzten Endes da; es muß daher immer schlagbereit sein. Gleichwohl wird die Regierung bei der neuen Vorlage ohne Zweifel auf die gefährliche Weltlage hinweisen und die Vertretung des deutschen Volkes beschwören, doch in einem so ernsten Augenblick der Welt nicht das Schauspiel eines Reichstages und eines Volkes zu bieten, die sich weigerten, dem Heere zu geben, was dieses und was eine erfolgreiche Leitung unserer auswärtigen Politik braucht, um die Sicherheit Deutschlands oder auch nur die Erhaltung seines politischen und militärischen Ansehens in der Welt zu gewährleisten. Keine Partei, wenigstens keine staatstreue Partei wird das Gewicht solcher Erwägungen gering schätzen. Aber jede ihrer [illegible] Partei wird sich das Recht sachlicher Prüfung um so weniger nehmen lassen, als der Sorge für die militärische die Sorge für die finanzielle Bereitschaft gleichwertig gegenübersteht. Schon hier ergibt das sofort die Deckungsfrage, die eine weitere und nicht die geringste Schwierigkeit für die Regierung wie für alle Parteien des Reichstages bietet. Regierung wie Reichstag haben sich gleichmäßig und einstimmig, förmlich und feierlich auf die Verpflichtung festgelegt: Keine Ausgabe ohne Deckung! und sie haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Schuldenmachen keine Deckung bedeutet. Dem Schuldenmachen ist gleichgestellt worden der Verzicht auf Schuldentilgung."

Das Kölner Zentrumsblatt ist also schon bei dem dritten, also vorletzten Akte der von der „Kölner Korrespondenz" eben erst so treffend gekennzeichneten Umfallkomödie: bei der Deckungsfrage angekommen und dieser gegenüber unternimmt die „Kölnische Volkszeitung" in ihrem Artikel eine Attacke gegen die Erbanfallsteuer.

Die große Säge ist wieder in Betrieb gesetzt.

Alljährlich nach dem gewaltigen Ordensregen kriselt es in den Kreisen der höheren Militärs und eine größere Anzahl dieser Erstklassigen purzelt. So auch jetzt wieder. Einer Militärkorrespondenz zufolge ist der Admiral von Holtzendorff, Chef der Hochseeflotte, von dieser Stellung enthoben. Auch von einschneidenden Personalveränderungen im Heer wird berichtet.

Die Frage, ob diese Veränderungen auf die neuen Heeres- und Flottenvorlagen zurückzuführen sind, möge unberührt bleiben; um so mehr aber muß betont werden, daß durch diese Arbeit der großen Säge der Pensionsfonds und somit der Reichssäckel wieder erheblich mehr belastet wird.

Aus der Wahlprüfungskommission.

Die Prüfung der Wahl des Abg. Kölsch (NL.) konnte am Mittwoch noch immer nicht zu Ende geführt werden. Es handelt sich bei einem Wähler darum, erst festzustellen, ob er badischer Staatsangehöriger oder amerikanischer Staatsbürger ist. Der Mann hat 1873 das amerikanische Staatsbürgerrecht erworben, wohnt aber seit 1885 wieder in seinem Geburtslande Baden. Da es sich bei dieser Wahl um jede einzelne Stimme handelt, muß nun das staatsrechtliche Verhältnis dieses Wählers festgestellt werden.

Gegen das Mandat des Abg. Meyer-Herford (NL.) lag ein Protest vor, in dem behauptet wurde, daß vor der Stichwahl der Wahlkommissar, Landrat v. Borries, in einer Versammlung konservativer Vertrauensmänner des Wahlkreises Herford-Halle für eine Unterstützung des Nationalliberalen eintrat. Diese Behauptung entspricht den Tatsachen. Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, das Mandat für ungültig zu erklären, weil amtliche Wahlbeeinflussung vorliegt. Die Kommissionsmehrheit trat diesem Standpunkte nicht bei. Mit 9 gegen 5 Stimmen wurde diese Wahl für gültig erklärt. Diese Entscheidung steht in direktem Widerspruch zu denen, die in den Fällen Braun und Buchwald gefällt worden sind. Allerdings handelte es sich damals um sozialdemokratische Mandate.

Die innere Kolonisation in Preußen.

Das preußische Abgeordnetenhaus beriet am Mittwoch den Etat der Domänenverwaltung. Eine ausgiebige Rolle in der Debatte spielte die Frage der inneren Kolonisation. Vertreter aller bürgerlichen Parteien von rechts bis links erklärten ihre Sympathie für die innere Kolonisation und für die Schaffung eines freien Bauernstandes. Der sozialdemokratische Redner, Gen. Leinert, regte in erster Linie eine ersprießlichere und rentablere Verpachtung der Domänen an und schlug vor allem vor, die Domänen genossenschaftlich bewirtschaften zu lassen. Mit Recht wies er auch auf die große Rolle hin, die die Domänen für die Fleischversorgung der Bevölkerung spielen könnten. Dieser letzteren Anregung trat auch der Abg. Delius von der Fortschrittlichen Volkspartei bei. Im übrigen zogen es die Konservativen vor, anstatt auf die sachlichen Argumente von Leinert sachlich zu erwidern, sich in persönlichen Verunglimpfungen der Sozialdemokratie zu ergehen. Die Grundlage hierzu gab ihnen eine wohl absichtlich mißverstandene Äußerung unseres Redners. — Die weitere Debatte verlor sich in Einzelheiten.

Das preußische Herrenhaus und die Konsumvereine.

Das preußische Herrenhaus hielt am Mittwoch wieder einmal eine Sitzung ab, die die Merkwürdigkeit zeigte, daß eine ganze Anzahl Punkte erledigt wurden ohne daß auch nur ein einziges Mal eine Debatte geführt worden wäre. Dafür unterhielten sich die Herren um so lauter privatim, so daß von den Worten der verschiedenen Berichterstatter fast nichts zu verstehen war. Das Schleppmonopolgesetz wurde einer Kommission überwiesen. Dann wurde eine Anzahl Petitionen erledigt, unter denen nur die des Zentralverbandes der Bäckerinnung „Germania" zu Berlin Erwähnung verdient. Darin werden nämlich verschiedene Maßnahmen gegen die Konsumvereine und ihre Bäckereien verlangt. Es wurde nach einem Referat des hannoverschen Innungsobermeisters Plate beschlossen, die Bitte um Erhöhung der Steuern für die Konsumvereine der Regierung als Material zu überweisen. Das weitere Verlangen, wonach die für Gewerbetreibende bestehenden Kontrollmaßregeln auch auf die Konsumbäckereien ausgedehnt werden sollen, wurde der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Dagegen wurde das Verlangen um ein Verbot des Backwarenverkaufs der Konsumvereine an Nichtmitglieder durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Das gleiche Schicksal blühte den meisten übrigen Petitionen, worunter insbesondere eine Anzahl Petitionen von Gemeindeverbänden war, die eine Erleichterung der Kommunalsteuern und dergleichen mehr verlangen.

Balkan.

Die Friedensverhandlungen abgebrochen. Gestern nachmittag wurde in London den türkischen Friedensunterhändlern von den Delegierten der Balkan-Verbündeten folgende Note überreicht:

„An Ihre Exzellenzen, die Herren bevollmächtigten Delegierten der Hohen Pforte auf der Friedenskonferenz! Da die Bevollmächtigten der verbündeten Staaten seit der Suspension der Arbeiten der Friedenskonferenz vergeblich während dreier Wochen eine Antwort der ottomanischen Bevollmächtigten auf ihre letzte Forderung erwarteten und da, wie es scheint, die Ereignisse in Konstantinopel die Hoffnung beseitigen, zu einem Friedensschluß zu gelangen, sehen sie sich zu ihrem großen Bedauern gezwungen, zu erklären, daß die am 16. Dezember 1912 in London angeknüpften Verhandlungen am 28. Januar 1913 in London **abgebrochen** worden sind."

Die Bulgaren rüsten bereits wieder zur Aufnahme der Feindseligkeiten. Der Ministerrat hat gestern beschlossen, das Armeehauptquartier anzuweisen, mit dem heutigen Tage den **Waffenstillstand zu kündigen.** Es ist also nach Lage der Sache sehr wahrscheinlich, daß das Blutvergießen seinen Fortgang nimmt. Ob hieran die Note der Türkei an die Großmächte, die heute überreicht werden soll, etwas ändern wird, ist kaum anzunehmen. Die Note enthält die Bitte, die Angelegenheit noch einmal prüfen zu wollen. Die Türkei sei gern bereit, Frieden zu schließen, aber sie könne ihn nicht unter Bedingungen schließen, die mit Selbstmord gleichbedeutend wären, umsoweniger, als die allgemeine Lage keineswegs verzweifelt sei. Sie ersuche daher die Großmächte, bei den verbündeten Balkanstaaten dahin zu wirken, daß diese die Verhandlungen auf neuer Basis wieder aufnehmen.

Die Lage in der Türkei. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Konstantinopel: Das Kabinett Mahmud Schewket Pascha befindet sich in einer üblen Lage, da in der Armee allgemein Unzufriedenheit herrscht, weil die angeblich zufällige Erschießung Nazim Paschas als absichtlich angesehen wird. Wie im vorigen Jahre ist das Heer von neuem in zwei feindliche Lager für und gegen das Komitee geteilt. Hier erzählt man, nicht nur in den Linien von Tschataldscha, sondern auch in den Befestigungen der Dardanellen und des Bosporus bei Bulair und St. Stefano sowie in der Kriegsschule in Pankaldi sei es zu Zusammenstößen zwischen beiden Parteien gekommen. In Hademköi sollen sie seit Sonnabend andauern. Angeblich kommen hier täglich Verwundete von dorther an; vorgestern 72, davon 32 Offiziere, gestern 123, davon 21 Offiziere. Die Zahl der Toten ist unbekannt. Der Militärbund, der dem Komitee feindlich ist, hält Versammlungen an verschiedenen Stellen der Stadt ab. Abök Pascha, der Kommandeur der Truppen in den Linien von Tschataldscha, und die dortigen Offiziere waren immer für die Fortsetzung des Krieges. Aber sie sind auch Feinde des Komitees und verlangen den Kopf des Mörders Nazim Paschas. Sie drohen mit einem Rachezug nach Konstantinopel. Der Großwesir und Kriegsminister Mahmud Schewket fährt täglich im Automobil von einer Kaserne zur anderen und feuert die Truppen, vor allem die berüchtigten kurdischen Reiter in der Selimiehkaserne in Skutari, die das besondere Vertrauen der Komiteepartei zu genießen scheinen, an. Der Großwesir hat dadurch keine Zeit, sich um seine allgemeinen Geschäfte zu bekümmern. Man spricht auch von einem Gegensatz zwischen Mahmud Schewket und dem Chef des Generalstabes Izzed Pascha, der die Stellen des Kriegsministers und Oberbefehlshabers verlangen soll.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 30. Januar.

Die Kriegervereine, die den Hort der Reaktion und die Schutztruppe der Scharfmacher bilden, erfreuen sich in den maßgebenden Kreisen Lübecks besonderen Wohlwollens. Während man die Arbeiter als Konsumenten mit Ausnahmesteuern belegen will, wendet man den Kriegern oder was sich so nennt alljährlich Summen aus Staatsmitteln zu, damit sie in „Rekrutenfürsorge" und „Uebungsschießen" etwas leisten können. So stimmte der Bürgerausschuß gestern einem Senatsantrage zu, der fordert, daß dem Vorstande des Landeskriegerverbandes Lübeck für Zwecke der Rekrutenfürsorge und zur Pflege des Schießens im Verbande eine Beihilfe von 800 Mark bewilligt werde. Die Sozialdemokraten lehnten den Antrag selbstverständlich ab. Wenn Arbeitervereinigungen Unterstützungen an ihre Mitglieder zahlen oder sich mit dem Schießprügel amüsieren wollten, dann würde ihnen der Staat sicherlich nichts hinzuzahlen; sie würden aber auch viel zu stolz sein, um sich Staatsunterstützung zu erbetteln. Das überlassen sie Kriegervereinen, von denen sogar der Dessauer liberale Verein „Kaiser Friedrich" sagte, sie würden zu politischen Interessen der Reaktion mißbraucht, weshalb er alle liberalgesinnten Männer zum Austritt aus dem Kriegerverein aufforderte. Das liberale „Berliner Tageblatt" beglückwünschte die Dessauer Fortschrittler zu diesem Vorgehen. In Lübeck sind es aber gerade die Liberalen, welche als Wortführer der Krieger fungieren!

Eine Erhöhung des Beitrages zur Gesindekrankenkasse hat der Bürgerausschuß gestern gutachtlich befürwortet. Bisher betrug der Beitrag zur Gesindekrankenkasse für jeden Dienstboten jährlich 10,50 Mk. Davon müssen die Dienstherrschaften 6,60 Mk. aus eigenen Mitteln zahlen, während sie den überschießenden Betrag von 4 Mk. bei jeder Lohnzahlung soweit abzuziehen berechtigt sind, als er auf den Zeitraum entfällt, für welchen der Lohn gezahlt wird. Der Beitrag bedarf einer Erhöhung, um die Einnahmen den durch die Erhöhung der Gehälter der Bureaugehilfen und durch die Erhöhung des Kostgeldtarifs des Allgemeinen Krankenhauses gestiegenen Ausgaben anzupassen. Durch die Gehaltserhöhung

ist ein jährlicher Mehrbedarf von 1000 Mark entstanden, die Erhöhung des Kostgeldtarifs (auf 2,75 Mk. für den Tag) wird die Ausgaben um rund 6750 Mk. erhöhen, da die Verpflegungskosten bei dem bisherigen Verpflegungskostensatze von 2 Mk. im Rechnungsjahre 1911 17 338 Mk. betrugen und im laufenden Rechnungsjahre, welches mit dem 31. Januar 1913 abschließt, sich auf rund 18 000 Mk. stellen werden, mit welchem Betrage auch im nächsten Rechnungsjahre ungefähr zu rechnen ist. Um den auf 8000 Mk. abgerundeten Betrag zu decken, muß der Jahresbeitrag für die 3700 Kassenmitglieder von 10,60 Mk. auf 12,80 Mk. erhöht werden. Es wird vorgeschlagen, die notwendig gewordene Beitragserhöhung ganz von den Dienstherrschaften tragen zu lassen, den von ihnen aus eigenen Mitteln zu zahlenden Anteil also von 6,60 Mk. auf 8,80 Mk. zu erhöhen, und den von den Dienstboten zu tragenden Anteil in der bisherigen Höhe von 4 Mk. zu belassen. Zweckmäßig wird die Beitragserhöhung zum 1. Februar 1913, dem Beginne des neuen Rechnungsjahres der Kasse, in Kraft treten. Diesem Vorschlag hat wie gesagt der Bürgerausschuß zugestimmt.

Der Bürgerausschuß erteilte in seiner gestrigen Sitzung seine Mitgenehmigung zu einem Senatsantrage, nach welchem für die Strecke des Töpferweges von der Moislinger Allee bis zur Dornestraße und für die letztere von der Ernestinenstraße bis zum Töpferwege die geschlossene Bauweise vorgeschrieben werde. Bewilligt wurden 5000 Mk. für bauliche Veränderungen bei der Seebadeanstalt auf dem Priwall. Für die Verlegung des Radfahrweges von der Herrenbrücke bis Kücknitz wurden 1500 Mk. ausgesetzt. Dem Bootsbauer Schlichting in Travemünde wurde ein 2050 qm großes Staatsareal zum Preise von 3 Mk. für das Quadratmeter verkauft. Dem Erwerb eines Grundstückes auf dem Priwall zum Preise von 6768 Mk. wurde zugestimmt. Für bauliche Veränderungen in der 1. St.-Gertrud-Schule bewilligte der Bürgerausschuß 4155 Mk. Gutachtlich befürwortet wurde der Senatsantrag auf Errichtung einer Assistentenstelle bei der Behörde für Travemünde (Gehalt 2200—3800 Mk.); ebenso der beantragte Ankauf des Grundstückes Königstraße 19, das bisher Senator Rabe gehört, für 63 000 Mk. durch den Staat; ferner die beantragte Errichtung einer Einnehmerstelle bei dem Salzsteueramt in Siems (Gehalt 1600—3500 Mk.)

Noch nicht genug Kirchen besitzt Lübeck nach der Meinung des hiesigen Kirchenrates, obwohl von einer Überfüllung der vorhandenen Kirchen eigentlich noch niemand etwas gemerkt hat. Der Kirchenrat hat aber an den Senat das Gesuch gerichtet, daß das in der Moislinger Allee gelegene, dem lübeckischen Staat gehörige Grundstück der St.-Lorenz-Kirchengemeinde zum Bau eines Pfarrhauses nebst Konfirmandensaal, sowie später zum Bau einer Kirche unentgeltlich überlassen werde. Der Senat ist damit einverstanden, und auch der Bürgerausschuß hat gestern einem entsprechenden Senatsantrag seinen Segen gegeben. Sicherlich wird auch die Bürgerschaftsmehrheit der Kirche das wertvolle Geschenk, welches dieses unentgeltlich zu überlassende Grundstück darstellt, nicht vorenthalten, denn die Kirche ist ja eine der stärksten Stützen des kapitalistischen Staates, in dem die Werte schaffende Bevölkerung entrechtet ist.

Konservenfabrik und Gemüsezüchterei als untrennbare Gewerbebetriebe im Sinne des Gewerbesteuergesetzes. Urteil des Hanseatischen Oberlandesgerichts vom 2. Dezember 1912. In Lübeck besteht eine offene Handelsgesellschaft, die unter der Firma Ch. E., Fabrik haltbarer Speisen, eine Konservenfabrik betreibt. Die Inhaber derselben besitzen daneben gleichfalls im lübeckischen Staatsgebiet noch eine Züchterei von Gemüsen, und zwar ganz überwiegend von Spargel. Dieser Spargel wird zum weitaus größten Teile — etwa 83 Prozent — in der Konservenfabrik selbst verarbeitet, nur der von der Fabrik nicht aufgebrauchte Spargel gelangt auf den offenen Markt. Die lübeckische Steuerbehörde hat 1911 den Gesamtertrag beider Betriebe, der Konservenfabrik und der Gemüsezüchterei, zur Gewerbesteuer herangezogen, während die Gesellschaft behauptete, die Erträgnisse des Gemüsebaues als eines selbständigen, rein landwirtschaftlichen Betriebes müßten ausscheiden, und eine daraufhin abzielende Feststellungsklage erhob. Das Landgericht Lübeck nahm an, die Konservenfabrik und die Gemüsezüchterei bildeten einen einheitlichen, untrennbaren Gewerbebetrieb, dessen Zweck die Herstellung und Verwertung von Konserven sei, und wies aus diesem Grunde die Klage ab. Das Oberlandesgericht Hamburg stellte sich auf denselben Standpunkt und wies die Berufung der Gesellschaft zurück. In der Begründung dieses Urteils heißt es: Wenngleich auf der klägerischen Plantage neben Spargel auch andere Gemüse gebaut werden, überwiegt doch die Spargelkultur derartig, daß sie allein ausschlaggebend ist für den Betrieb und den wirtschaftlichen Erfolg der von denselben Personen und nach denselben Grundsätzen, mit denselben Hilfsmitteln 2c. geleiteten und durchgeführten Gesamtkultur. Der fragliche Spargelbau dient aber wiederum so überwiegend dem Betriebe der Konservenfabrik der Kläger, daß beide Betriebe offensichtlich ein einheitliches Ganzes bilden, dessen Zweck die Herstellung und Verwertung von Konserven ist. Alles, was die Konservenfabrik an Rohmaterial gebraucht, bezieht sie von der fraglichen Plantage. Nur der übrigbleibende, verhältnismäßig geringfügige Rest, mag er in Spargel oder anderem Gemüse bestehen, wird auf den Markt gebracht und dort veräußert. Dies zeigt, daß der Plantagenbetrieb in erster Linie der Konservenfabrikation dient und ihr völlig untergeordnet ist, um dieser das erforderliche Rohmaterial in ausreichender und rentabler Weise zu sichern. Hieran ändert der Umstand nichts, daß ein verhältnismäßig geringer Teil der auf der fraglichen Plantage gezogenen Rohware, nämlich der in der klägerischen Konservenfabrik nicht verwendbare bezw. verwandte Spargel, sowie das sonst gezogene, in der Gesamtkultur nur eine untergeordnete Rolle spielende Gemüse marktgängig veräußert wird. Vielmehr bildet nach Lage der Sache der gesamte hier fragliche Plantagenbau und die Konservenfabrikation ein von derselben Zentralinstanz aus, für ein und dieselbe Rechnung, nach einheitlichen Grundsätzen geleitetes und durchgeführtes gewerbliches Unternehmen der Kläger, dessen Gesamtergebnisse somit der hier fraglichen Gewerbesteuer unterliegen. Hervorgehoben soll noch werden, daß es nicht darauf ankommt, ob die Kläger beide Betriebe selbständig nebeneinander führen könnten, indem sie die auf der Plantage gezogenen Spargel sämtlich als Rohware verkaufen und das ganze für die Konservenfabrik erforderliche Material von dritter Seite einkaufen, und ob ein solcher und ähnlicher Geschäftsgang bei Anlage der fraglichen Plantage beabsichtigt war, sondern nur darauf, wie der Betrieb tatsächlich zu der hier maßgeblichen Zeit gehandhabt ist. Deshalb erfolgte Zurückweisung der Berufung.

Der Arbeiter-Bildungsverein, dessen Mitgliederzahl gegenwärtig 220 beträgt, hat auch im verflossenen Jahre eine umfassende Tätigkeit entfaltet. Die arrangierten Kurse verteilten sich wie folgt: Deutsche Sprache, Stenographie und gewerbliche Buchführung. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl betrug 31. Außerdem fand ein Vortragszyklus statt, in dem an acht Abenden das Verfassungswesen in Deutschland und den Einzelstaaten behandelt wurde. Hier betrug die durchschnittliche Teilnehmerzahl 34. Nachdem nunmehr mit unserer Unterstützung der schon lange gehegte Plan, Volksbildungskurse abzuhalten, verwirklicht worden ist, sollen die Vorträge im Verein bis auf weiteres ausfallen, da sonst eine Zersplitterung der Kräfte die Folge wäre. Theatervorstellungen fanden statt: 6 Schauspiel-, 1 Opern- und 1 Märchenvorstellung im Neuen Stadttheater und 1 Lustspielvorstellung im Gewerkschaftshaus. Die Veranstaltungen im Stadttheater waren stets ausverkauft. Ferner wurden arrangiert: 3 Lichtbildervorträge, darunter 1 für Kinder, 1 Liederabend, 2 Besichtigungen und 1 Weihnachtsausstellung. Infolge des dankenswerten Entgegenkommens eines Herrn wurden zu den Maifestspielen im Stadttheater 20 Eintrittskarten zur Verfügung gestellt, die unter den Mitgliedern ausgelost wurden. Mit dem gegenwärtig im Stadthallentheater gastierenden Ensemble ist ein Abkommen getroffen worden, daß den Mitgliedern des Vereins eine Preisermäßigung von 33⅓ Proz. gewährt wird. So hat der Verein versucht, nach besten Kräften seiner Aufgabe, Bildung und Wissen in die Reihen der Arbeiterschaft hineinzutragen, gerecht zu werden. Möge die Arbeiterschaft Lübecks auch fernerhin seine Bestrebungen dadurch unterstützen, daß sie die Veranstaltungen — von denen hier für die nächste Zeit neben den Theatervorstellungen nur ein Konzert des Vereins der Musikfreunde und ein Laube-Abend erwähnt sein mögen — recht zahlreich besucht und dadurch den Bildungsverein in die Lage versetzt, noch mehr als bisher seine Aufgaben zu erfüllen.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pfg. für je 20 Gramm). Die Portoermäßigung erstreckt sich nur auf Briefe, nicht auch auf Postkarten, Drucksachen usw., und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten. „Kaiser Wilhelm II.", ab Bremen 4. Februar; „Kaiserin Auguste Victoria", ab Hamburg 6. Febr.; „George Washington", ab Bremen 8. Februar; „President Grant", ab Hamburg 9. Februar; „Prinz Friedrich Wilhelm", ab Bremen 15. Februar; „Kronprinzessin Cecilie", ab Bremen 18. Februar; „Pennsylvania", ab Hamburg 20. Februar; „Amerika", ab Hamburg 25. Februar; „President Lincoln", ab Hamburg 27. Februar; „Kaiser Wilhelm II.", ab Bremen 4. März. Postschluß nach Ankunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe, außer „President Grant", „Pennsylvania" und „President Lincoln" sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsgelegenheit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerk wie „direkter Weg" oder „über Bremen oder Hamburg" zu versehen.

Arbeiterrisiko. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern abend gegen 6 Uhr in der Fischräucherei von P. Lohrmann, Hundestraße. Die dort beschäftigte Arbeiterin Frau Zunk stürzte aus einer Luke der ersten Etage mit einem Gestell zum Heraufwinden von Dosen auf den Hof und zog sich dabei einen Bruch des linken Armes sowie eine Kopfverletzung zu. Herr Dr. Eschenburg leistete die erste ärztliche Hilfe.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Sielbauarbeiten wird die Strecke des Töpferweges von der Georgstraße bis zur Dornestraße vom Freitag, dem 31. d. Mts. ab für den Fuhrwerksverkehr gesperrt sein.

Handelsregister. Am 29. Januar 1913 ist eingetragen die Firma Christian Gerds, Lübeck und als deren Inhaber der Kaufmann C. K. H. Gerds in Lübeck.

Im Hansa-Theater fand gestern vor gut besuchtem Hause die Uraufführung des Schauspiels „Vater Holzmann" von Werner statt. Das Stück behandelt in ziemlich breiter Weise den Konflikt, der sich aus pfäffischer Unduldsamkeit und echtem, aus dem Herzen quellenden Christentum ergeben muß. Gespielt wurde wieder durchweg vortrefflich. Nur fehlte es dem Publikum nicht selten am Mitempfinden, was in unmotivierter Heiterkeit seinen Ausdruck fand. Der Beifall, der dem Schauspiel und den Darstellern zuteil wurde, war stark und anhaltend. Am Donnerstag ist die Wiederholung von „Vater Holzmann" und Freitag, zum Abschied der Schlierseer, Volksvorstellung. Zur Aufführung gelangt auf Wunsch „Im Pfarrhaus". — Sonnabend Premiere „Rund um die Alster" mit den bekannten Komikern Gebr. Wolf.

pb. **Hehler und Stehler.** Festgenommen wurden ein Arbeiter und ein Trödler aus Schlutup. Ersterer hat mit einem anderen Arbeiter zusammen an der Travemünder Chaussee bei Israelsdorf lagerndes Metall, welches zum Straßenbahnbau gehört, gestohlen, der Trödler hat das Metall gekauft, obgleich er den Umständen nach annehmen mußte, daß es aus einem Diebstahl herrührte.

pb. **Eigentumsvergehen.** Aus dem Neubau des Kurhauses in Travemünde sind in den letzten Tagen 100 Mtr. isolierter Kupferdraht abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. — Vom Flur eines am Langen Lohberg belegenen Hauses ist in der Zeit vom 23.—25. d. M. ein braun gemusterter Ulster mit zwei Reihen Hornknöpfen abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. — Aus einem an der Curtiusstraße belegenen Neubau ist eine Benzinlampe, wie sie von Klempnern gebraucht wird, abhanden gekommen.

pb. **Verhafteter Pferdedieb.** Festgenommen wurde ein Arbeiter, der vor einigen Tagen einem Landmann in Törpt b. Schönberg i. M. ein Pferd aus dem Stalle gestohlen hat und es hier an einen Pferdeschlachter verkaufte.

pb. **Steckbriefling.** Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Dallgow, der seitens der königl. Staatsanwaltschaft in Altona wegen Körperverletzung steckbrieflich verfolgt wird.

pb. **Wer ist der Tote?** Am 3. ds. Mts. wurde in Frankfurt a. M. im Stadtwald an der Mörfelderschneise ein unbekannter Mann erhängt aufgefunden. Der unbekannte Verstorbene ist etwa 50—60 Jahre alt, 160 Meter groß, hat graues, spärliches Haar, dünnen grauen Spitz- und Schnurrbart, graublaue Augen, große Nase und lückenhafte Zähne. Er war bekleidet mit dunkelgrünem Anzug, schwarzem Überzieher, schwarzem weichen Filzhut und Umlegekragen. Personen, die Angaben zur Feststellung der Persönlichkeit des Verstorbenen machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminal-Polizei zu melden.

„Ein Erlebnis im Stadthallentheater" betitelt sich ein an Überraschungen reicher Einakter aus der Feder eines nicht genannten Autors, der heute, Donnerstag, im Stadthallentheater in Szene geht und zwar im Verein mit den beiden glänzenden Schlagern „Der Herr Rechtsanwalt" und „Er, sie und er". Die Lübecker Theaterfreunde werden voll auf ihre Rechnung kommen. Am Freitag wird Henrik Ibsens Meisterwerk „Nora" oder „Ein Puppenheim" mit Elita Perma als Nora gegeben. Beide Vorstellungen können nicht wiederholt werden. Vorverkauf — ohne Gebühr — bei Friedrich Nagel, Markt 14 und Karl Roß, Kohlmarkt 21.

Neues Stadttheater. Aus der Kanzlei wird uns geschrieben: Die Nachfrage nach dem Sonderabonnement auf die in der Zeit vom 4.—13. Februar stattfindenden Aufführungen des Nibelungen-Ringes ist so rege, daß es sich für alle Interessenten empfiehlt, Bestellungen rechtzeitig zur Erledigung zu bringen. Das an der Kasse aufgelegte Abonnement wird bereits am Sonntag, dem 2. Februar, mittags 2 Uhr geschlossen. Gleichzeitig sei noch einmal auf die heutige Wiederholung der komischen Oper „König für einen Tag" von Adam hingewiesen. Am Sonntag geht, wie schon bekannt ist, „Hoffmanns Erzählungen" zum ersten Male in dieser Saison in Szene. Ganz besonderen Wert gewinnt diese Aufführung durch das Gastspiel der Hofopernsängerin Hedwig Francillo-Kauffmann, die in den Partien der Olympia, Juliette und Antonia mit ihren besten Leistungen gibt.

Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade 1). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 31. Januar, abends 6 bis 7 Uhr.

Kücknitz-Siems. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Sonnabend abend 8½ Uhr bei Herrn Dieckelmann in Kücknitz statt, worauf wir auch an dieser Stelle die Genossen aufmerksam machen wollen.

Travemünde. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Sonntag nachmittag präzise 4 Uhr im Lokal von Dortmund statt. Genosse Mehrlein wird einen Vortrag über das Thema das Strafrecht in Gegenwart und Zukunft halten. Das interessante Thema sollte alle Mitglieder zum Besuch der Versammlung veranlassen.

w. **Mölln.** Einbruch. In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch wurde in das Kontor der Firma Michelsen am Bahnhof eingebrochen. Die Diebe, die den Geldschrank erbrachen, erbeuteten neben einem Scheck auf die Holstenbank 250 Mk. Bargeld. Die Polizei ist fieberhaft tätig; ermittelt wurde bis jetzt von den Tätern nichts. — Am Mittwoch, 12. Februar, vormittags 10 Uhr, sollen in der „Harmonie" aus den Forstorten „Büffelskopf", „Blöcken", „Gr. Rehkuhle", „Klüschenberg" Eichenholz, 4 rm Nutzkloben, 48 rm 2 Mtr. lange Pfähle, 10 rm Kloben ungespalten, 2 rm gespalten, 91 rm Knüppel, 58 rm Reiserknüppel, Buchenholz 83 rm Nutzkloben, 269 rm Brennkloben 140 rm Knüppel, 68 rm Reiserknüppel, Birkenholz 11 rm Nutzkloben, 14 rm Kloben ungespalten, 53 rm Knüppel, 30 rm Reiserknüppel, Erlenholz, 14 rm Nutzrollen, 9 rm Knüppel, Aspen, 1 rm Knüppel, Fichten, 9 Stämme, 23 Stangen 1. Klasse, 35 Stangen 2. Klasse, 50 Stangen 3. Klasse meistbietend verkauft werden.

Schönberg i. H. Verbrühtes Kind. Beim Wurstmachen im Hause des Gärtners Möller fiel der einzige, dreijährige Sohn des Herrn Möller in einen mit kochendem Wasser gefüllten Kessel, so daß er schrecklich verbrannt wurde. Nach kurzer Zeit wurde er durch den Tod von seinen Qualen befreit.

Hamburg. Folgenschwere Kollision mit einem Straßenbahnwagen. Bei der Straßenkreuzung Jungfernstieg-Esplanade versuchte der Droschkenkutscher Nielsson kurz vor einem Straßenbahnzuge das Geleise zu überfahren. Hierbei stieß der Straßenbahnwagen mit der Droschke zusammen, die dabei gegen den Kantstein geschleudert wurde und umkippte. Der Droschkenkutscher wurde in weitem Bogen auf das Straßenpflaster geschleudert. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er bereits auf dem Transport ins Hafenkrankenhaus starb. — Großfeuer in Moorburg. Am Mittwoch morgen, kurz nach 8 Uhr, kam in Moorburg ein Feuer zum Ausbruch, das das Müllergehöft des Müllers A. H. Bauer völlig einäscherte. Der Brand kam zuerst in der Windmühle zum Ausbruch und sprang gleich auf den angebauten Schuppen nebst der Dampfmühlenanlage über. An eine Rettung der Mühlerei war nicht mehr zu denken, denn binnen wenigen Minuten standen alle drei Müllereianlagen in Flammen. Das Wohnhaus des Müllers, das mit anderen benachbarten Gebäuden vom Brandplatz weit genug entfernt liegt, blieb, da das Feuer nach dorthin nicht übergreifen konnte, verschont.

Altona. Selbstmordversuch eines Senators. Der unbesoldete Senator Richard Schmidt, Mitinhaber der Oelwerke Schmidt u. Co., Georgwärder Damm, Wilhelmsburg, hat sich am Dienstag nachmittag in seiner Wohnung am Kaiserplatz zwei Revolverkugeln in den Kopf geschossen und ist schwer, jedoch nicht lebensgefährlich verletzt dem städtischen Krankenhause zugeführt worden. Sofort nach der Einlieferung wurde ein operativer Eingriff unternommen, und es gelang, eine der Kugeln zu entfernen. Die Aerzte hoffen, auch die zweite Kugel entfernen und Senator Schmidt am Leben erhalten zu können. Schwere Geschäftsverluste in den letzten Monaten sollen dem Lebensmüden die Veranlassung zur Ausführung der unseligen Tat gegeben haben. Senator Schmidt wurde am 28. Februar 1910 zum unbesoldeten Senator der Stadt Altona gewählt.

Kommunales.

Wohnungsfürsorge in Baden. Seit kurzer Zeit macht die badische Regierung durch einen staatlichen Wohnungskommissar den Gemeinden in der Wohnungsfrage ernsthafte Vorstellungen. Die Städte, welche Wohnungskommissionen haben, richten nun diese zur gründlichen Behandlung der Wohnungsuntersuchung ein. Am 10. Januar hat der Stadtrat zu Offenburg beschlossen, daß zu Mitgliedern der Wohnungskommission auch Frauen berufen werden sollen.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 29. Januar.

Auftrieb 2100 Schweine. Markt sehr langsam geräumt. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 74.— bis 75.— (59.— bis 60,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 73.— bis 74.— (58.— bis 59,00 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 73,00 bis 74,00 (57,50 bis 58,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 73.— bis 73,50 (57,00 bis 57,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 68.— bis 72.— (51,00 bis 54,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 71.— bis 73.— (57,50 bis 58,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 65,— bis 70,— (50,50 bis 54,50) Mk.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 29. Januar.

1. Klasse 429 Drittel zu 133,92 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 33 „ „ 126,20 Mk. „ „

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwiat, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"**

Gebr. Wolf
die Urkomischen

in
Rund um die Alster

gastieren ab
Sonnabend, dem
1. Februar 1913

738

im
Hansa-Theater
Anfang 8¼ Uhr

Sie sind im Irrtum, liebe Frau!

Ich kenn' die Sache ganz genau:
Palmona sie ersetzt fürwahr
Die beste Butter ganz und gar,
Dafür ist sie in Stadt und Land
Bei Arm und Reich bereits bekannt.
Und selbst der allerschwächste Magen
Er kann Palmona wohl vertragen.
Drum ich als Arzt, ich sage frei:
Palmona oder Butter? – Einerlei!

H. Schlinck & Cie. A.-G.
Hamburg
Alleinige Producenten von
Palmin – Pflanzenfett
Palmona – Pflanzen-Butter-Margarine

IVO PUHONNY

723

Freiwillige Frauen-Sterbekasse.

General-Versammlung

am Freitag, dem 31. Januar 1913
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus", Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
1. Jahresabrechnung. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

727) **Der Vorstand.**

Schneeweiße Wäsche

gibt **Ragoda-Schnellwaschmittel.** Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Zur schnellen Einführung geben wir gratis und franko wertvolle Gegenstände z. B. gegen Gutscheine von 10 Pfg. 1 echt silbernes Kollier, 1 Paar Messer u. Gabeln. Verlangen Sie Prospekte beim Kaufmann.

Ragoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als bestes Waschmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben und keinen Versuch mit Ragoda machen. (230

St.-Jürgen-Liederkranz.

Morgen, Freitag, den 31. Januar 1913:

Grosser Gesindeball

im **Kolosseum.**

Anfang 8 Uhr. Ende morgens.

Herrenkarte 60 Pfg., eine Dame frei.
An der Kasse 75 Pfg., einzelne Dame 20 Pfg.

726) **Der Gesindeausschuß.**

Neues Stadttheater.

Freitag, den 31. Januar.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
114. Vorstellung im Voll-Abonn.
19. Vorstell. im Freitag-Abonn.

Eva (Das Fabrikmädel)

Operette von Franz Lehar.
Große Preise.

Sonntag, den 2. Februar
Anf. 3 Uhr. Ende nach 5½ Uhr.
Außer Abonnement.
Kleine Preise.

Der liebe Augustin

Operette von Leo Fall.

Sonnabend, den 1. Februar
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
115. Vorstellung im Voll-Abonn.
Außer Sonnabend-Abonnement.

Neu! Inge. Neu!

Das Drama einer Liebe von J. Tralow. Mittelpreise.

Sonntag, den 2. Februar
Abends 7½ Uhr. Ende n. 10 Uhr.
116. Vorstellung im Voll-Abonn.
Erhöhte Preise.
Gastsp. der k. k. Hofopernsängerin
Hedw. Francillo-Kauffmann
vom Stadttheater in Hamburg.

Hoffmanns Erzählungen.

Oper von Offenbach.
Olympia, Julietta, Antonia
Hedwig Francillo-Kauffmann.

Vorläufige Anzeige:

Richard-Wagner-Gedenkfeier

Der Ring des Nibelungen

im Zyklus unter Mitwirkung berühmter Gäste.

1. Tag
Dienstag, den 4. Februar 1913
Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Das Rheingold

Alberich . . . . . **E. Habich** vom Hoftheater in Berlin.

2. Tag
Freitag, den 7. Februar 1913
Anfang 6½ Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Die Walküre

Brünnhilde . **Frau Drill Orridge** vom Stadttheater in Hamburg.

3. Tag
Montag, den 10. Februar 1913
Anfang 6½ Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Siegfried

Siegfried . . . . . **Ejnar Forchhammer**
Großherzogl. sächs. Kammersänger vom Hoftheater in Wiesbaden.

4. Tag
Donnerstag, den 13. Februar 1913
Anfang 6 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Die Götterdämmerung

Hagen . . . . **Georg Zottermayr** vom Hoftheater in Dresden.

Alle vier Aufführungen finden im Voll- resp. Tages-Abonnem. statt.
Außerdem ist noch an der Kasse ein Sonder-Abonnement zu folgenden Preisen (einschließlich Garderobengebühr) aufgelegt:

Proszeniumloge . . .	24.80 M.	Sperrsitz	16.80 M.
I. Rang Loge, Vorderpl.	20.80 M.	Parkett, 7-10. Reihe . .	12.80 M.
I. Rang Loge, Hinterpl.	16.80 M.	Parkett, 11-17. Reihe .	10.80 M.
I. Rang Balkon, 1. Reihe	20.80 M.	Sitzparterre	6.40 M.
I. Rang Balk., 2-4. Reihe	16.80 M.	2. Rang, 1-3. Reihe . .	8.80 M.
I. Rang Balk., 5-6. Reihe	12.80 M.	2. Rang, 4-6. Reihe . .	6.80 M.

Das Abonnement wird Sonntag mittag geschlossen. (728
An der Abendkasse erhöhte Preise.

Achtung!
Deutscher
Bauarbeiter-Verbd.

Zahlstelle Herrenburg-Palingen.

Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, dem 2. Februar
nachmittags 4 Uhr
beim Kol. **Bohnhoff,** Herrenburg.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom Verbandstag.
2. Vorstandswahl.

Das Erscheinen der Kollegen ist unbedingt notwendig. 731

Achtung Maurer!

Mitglieder-Versammlung
der Zentral-Krankenkasse „Grundstein"
am Freitag, 31. Januar
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1912 und Jahresabrechnung.
2. Vorstands- und Botenwahl.
3. Verschiedenes.

725) **Der Vorstand.**

Arbeiter-Bildungsverein.

Diejenigen Mitglieder, die an den in nächster Woche beginnenden **Volksbildungskursen** teilzunehmen beabsichtigen, werden ersucht, sich am **Sonnabend,** 1. Februar, abends 8½ Uhr präz., im Gewerkschaftshaus einzufinden. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

733) **Der Vorstand.**

Stadthallentheater.

Heute Donnerstag, 30. Januar, abends 8¼ Uhr:
Lustiger Abend. Nur einm. Auff.
Der Herr Rechtsanwalt.
Er, sie und er. 734
Vorher: **Ein Erlebnis im Stadthallentheater.** Schw. i. 1 Akt v. ???
Freitag: **Nora** oder Ein Puppenheim.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Vorstellung im Neuen Stadttheater
am Sonntag, dem 9. Februar, nachm. 3 Uhr präz.:

Im weißen Röß'l.

Lustspiel in 3 Akten von Blumenthal und Kadelburg.

Hierauf:

Lottchens Geburtstag.

Lustspiel in 1 Akt von Ludwig Thoma.

Preis der Karte 60 Pfg. inklusive Garderobe.

Die Auslosung der Plätze erfolgt **am Sonnabend, dem 8. Februar,** von 6½ bis 9 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50/52.

Die Karte berechtigt nicht zum Eintritt, sondern ist bei der Auslosung gegen Empfang der numerierten Billetts zurückzugeben.

722) **Der Vorstand.**

Karten sind an den bekannten Stellen zu haben.

NB. Wir weisen nochmals darauf hin, daß bei unseren sämtlichen Theatervorstellungen die Türen bei offener Bühne geschlossen und erst beim Abschluß wieder geöffnet werden. Deshalb ersuchen wir die Besucher, spätestens ½ Stunde vor Beginn der Vorstellung im Theater anwesend zu sein. **D. O.**

Hansa-Theater.

Freitag, den 31. Januar.
Anfang 8½ Uhr

Volksvorstell. 50 ₰ auf allen Plätzen.

Fauteuil u. Logen 1 Mk.

Abschied der Schlierseer

Auf vielseitigen Wunsch:
Im Pfarrhaus.

Nach der Vorstell. ab 11 Uhr:
Abschieds-Kabarett-Vorstell.

Ab. 1. Febr. 1913: Gastspiel des Neuen Hamburger Operetten-Theaters m. d. gr. Revue:
Rund um die Alster
mit Gebr. Wolf. 737
Anf. 8¼ Uhr. 100 Mitwirkende

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 25. Donnerstag, den 30. Januar 1913. 20. Jahrg.

Das Ende der französischen Herrschaft in Lübeck.

XVI.

„Nachdem der Prinz von Hessen mit einem Teile der Dänen aus Lübeck fortgezogen war, bestand die Besatzung daselbst aus 2 Bataillonen holsteinischer Scharfschützen, von denen das eine kaum 300 Mann stark war, einem Bataillon Linien-Infanterie des Regiments Oldenburg, 3 Schwadronen polnischer Lanziers und 10 Geschützen der Batterie Gerstenberg, denen es, wie auch der Infanterie, an ausreichender Munition soll gefehlt haben.

„Lallemand hatte am Mülentor 3 Kanonen und eine Haubitze auffahren lassen; eine Kanone war am Holstentor und 2 Kanonen und eine Haubitze waren in die Verschanzungen des Burgtors gebracht; die Position Elswighof wurde außerdem von 2 Geschützen gedeckt. Die Infanterie stand in den Verschanzungen der Tore und auf den Alarmplätzen; die Kavallerie befand sich auf dem Markte und dem Kuhberg (Geibelplatz), und sandte Patrouillen durch die Straßen.

„In dieser Stellung wurde Lallemand durch einen Parlamentär Stedingks zur Uebergabe der Stadt aufgefordert. Er wies diese Aufforderung nach einer kurzen Unterredung mit dem Parlamentär zurück und begab sich gleichzeitig zu den Vorposten des Mühlentors hinaus. Es leidet keinen Zweifel, daß es Stedingk nicht schwer würde gewesen sein, die Stadt von dieser Seite in kurzer Zeit mit Sturm zu nehmen.

„Inzwischen war mittags 1 Uhr der Kronprinz von Schweden (Bernadotte) bei dem Heere eingetroffen und bald darauf folgte das bisher noch fehlende Sturmgerät. Die vo ndem Kronprinzen während dieses ganzen Feldzuges befolgte Maxime (Regel), seine Schweden möglichst zu schonen, da es ihm nur um den Besitz Norwegens (wurde später im Kieler Frieden, 14. Januar 1814, von Dänemark an Schweden abgetreten) zu tun war, vielleicht auch Rücksichten gegen Lübeck, welches er durch die Bestürmung im Jahre 1806 in ein großes Unglück gebracht hatte, bewogen ihn, nochmals zu Verhandlungen zu schreiten, zumal der Rückzug Lallemands aus dem Holstentore so lange gesichert war, als es dem zwischen der Wakenitz und Trave stehenden Oberstleutnant Ankarswärd nicht gelungen war, von der Burgtorseite aus eine Brücke über die Trave zu schlagen, wozu aber nach der Erklärung der Offiziere vom Genie mindestens 24 Stunden erforderlich waren.

„Der Oberst Björnstierne, Chef des schwedischen Generalstabes, erschien demnach mit neuen Vorschlägen bei Lallemand. Die Verhandlungen, welche in dem Fargauschen Wirtshause vor dem Mühlentor geführt wurden und beinahe zwei Stunden dauerten, waren ohne Erfolg. Lallemand wollte sich zu keiner Kapitulation verstehen; vielmehr verstärkte er die Verteidigungsanstalten vor dem Mühlentor.

Von seiten der Schweden rüstete man jetzt zum Angriff und die Division ihres rechten Flügels näherte sich bis auf Schußweite der Stadt. In dieser drohenden Stellung knüpfte Björnstierna in dem Hause des Kunstgärtners v. Brocken nochmals Verhandlungen mit Lallemand an. Dieser gab jetzt nach und es wurde nachmittags 4½ Uhr die Kapitulation von beiden Seiten unterzeichnet. Nach derselben wurde das Mühlentor schon um 5 Uhr gemeinschaftlich von Dänen und Schweden besetzt; auch rückten vorläufig 100 Mann der letzteren zur Beschützung des Privateigentums in die Stadt ein. Lallemand wurde mit seinen Truppen und deren Kriegsmaterial und Gepäck bis 10 Uhr abends freier Abzug nach Holstein gestattet und sollte derselbe bis zum Anbruch des nächsten Tages vor Verfolgung sicher sein. Die französischen Zivilbeamten mußten mit ihren Familien und ihrer Habe baldmöglichst die Stadt verlassen. Sie gaben die Schlüssel zu ihren Bureaus und ihren Papieren dem Maire-Adjunkt Meyersieck zur Aufbewahrung und sprachen dabei die Hoffnung aus, bald wieder zurückzukehren.

„Gleich nach Abschluß der Kapitulation wurden die noch in der Holstentorwache gefangen gehaltenen Munizipalräte und Notabeln in die Wohnung Lallemands beschieden, welcher ihnen in Gegenwart eines schwedischen Offiziers ihre Freiheit und die baldige Räumung der Stadt ankündigte; doch wurden sie bis dahin für die Ruhe derselben verantwortlich gemacht. Es waren indessen, als die Kunde von der Befreiung der Stadt sich allmählich in derselben verbreitete, einzelne Exzesse nicht zu verhindern; namentlich wurde ein höherer dänischer Offizier vom Volke arg insultiert und konnte nur durch den Schutz einer schwedischen Patrouille vor weiteren Mißhandlungen gesichert werden.

„Auch wurde der Rest der abziehenden Dänen von dem Volke, welches die Dänen als die Urheber alles in der letzten Zeit über Lübeck gekommenen Unglücks ansah, unter Schimpfen über die Holstenbrücke begleitet.

„Auf diese, im ganzen unbedeutenden Exzesse beschränkte sich an jenem Tage die Bewegung der Einwohner Lübecks, von denen in dem am 6. Dezember aus dem Hauptquartier datierten schwedischen Bulletin (Tagesbericht) gesagt wird:

„„Die Einwohner von Lübeck waren entschlossen, durch kräftigere Mittel, als bloße Wünsche, die Anstrengungen derjenigen Armee zu unterstützen, welche herbeikam, um ihnen ihre Namen, ihre Rechte und ihre Unabhängigkeit wieder zu geben; sie waren bereit, ihre Anstrengungen mit denen der Angreifenden zu vereinigen. Diese mutige Entschlossenheit ist ein Aufruf an den Patriotismus der Bewohner Hamburgs.““

„Den Schweden im Falle eines Sturmes zu Hilfe zu kommen, war eine Unmöglichkeit, da den Einwohnern Waffen und Munition gänzlich fehlten, auch, wie bereits erzählt ist, die polnischen Lanziers jeden, der sich während des Alarmzustandes auf der Straße blicken ließ, durch Pistolenschüsse und Säbelhiebe verjagten.

„Demnach ist die auch in Druckschriften ausgesprochene Behauptung, daß an jenem Tage aus dem am Burgtore belegenen Häusern auf die dänischen Verteidiger der dortigen Schanzen gefeuert sei, wohl unbegründet.

„Lallemand verließ, mit dem Fluche der Lübecker beladen, die Stadt um 9 Uhr und zog mit den Dänen und Polen nach Segeberg zurück. Gegen 11 Uhr rückte der Kronprinz von Schweden mit seinem Heere in die Stadt ein. Die hanseatische Legion, welche seit dem 5. September als Avantgarde des Generals v. Walmoden in der Nähe von Lübeck gestanden hatte, erwartete, daß sie mit den Schweden in die befreite Stadt werde einziehen. Doch aus unbekannten Gründen durfte nur die auf Vorposten bei Krummesse stehende 3. Eskadron, welche von dem Oberstleutnant v. Baumbach den Befehl erhalten hatte, bei der Uebergabe der Stadt so schnell als möglich vorzurücken, in dieselbe einziehen. Sie bildete beim Einzuge die Avantgarde des Kronprinzen.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 29. Januar.

100. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Lisco.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Polen über die

Enteignung polnischer Gutsbesitzer.

Die Interpellation lautet: Die preußische Staatsregierung hat die Enteignung polnischer Gutsbesitzer für die Zwecke der Ansiedlungskommission in Angriff genommen. Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um dieser mit dem Geist der Reichsverfassung und mit der Reichsgesetzgebung unvereinbaren, in politischer wie sozialer Beziehung die Bevölkerung aufs tiefste erregenden Maßnahme entgegenzutreten?

Auf die Frage des Präsidenten, ob und wann die Interpellation beantwortet werde, erwidert

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco im Namen des Reichskanzlers: Die Interpellation betrifft die Handhabung des preußischen Gesetzes vom 20. März 1908 über die Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen, das dem Staate das Recht verleiht, für die Ansiedlungskommission Grundstücke zu enteignen. Den gleichen Gegenstand betraf schon die Interpellation der Polen im Januar 1908 vor Erlaß dieses Gesetzes. Damals erklärte mein Amtsvorgänger: Die Reichsverfassung enthält keine Bestimmung, die dem gesetzgeberischen Vorgehen eines Bundesstaates, das die Enteignung von Grundstücken zum Gegenstand hat, entgegensteht. Auch das bürgerliche Gesetz enthält solche Bestimmungen nicht. „Die Maßnahmen, auf welche die Interpellation sich bezieht, gehört somit zur Zuständigkeit der Landesgesetzgebung, die dabei nach den Vorschriften und dem Geiste der Reichsverfassung einer Einwirkung der Organe des Reiches nicht unterliegt. Dieselben Erwägungen, die damals zur Ablehnung der Beantwortung jener Interpellation führten, gelten auch heute. Das preußische Gesetz vom 20. März 1908 steht mit der Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung in keiner Weise im Widerspruch. (Oho! b. d. Polen.) Seine Ausübung und Handhabung ist lediglich eine innere Angelegenheit Preußens. (Hört, hört!) Die Interpellation betrifft mithin Maßnahmen, die außerhalb der Zuständigkeit des Reichstags liegen. Oho!rufe b. d. Polen u. Soz.) Ich habe hiernach zu erklären, daß der Reichskanzler die Beantwortung der Interpellation ablehnt. (Bravo! rechts. Unruhe b. d. Polen, im Ztr. und den Soz.)

Auf Antrag des Abg. Czarlinski (Pole) wird die Besprechung der Interpellation gegen die Stimmen der Rechten und Nationalliberalen beschlossen.

Staatssekretär Dr. Lisco verläßt den Saal.

Abg. Seyda (Pole): Vor 5 Jahren bereits begründete ich eine ähnliche Interpellation, als der Entwurf über die Enteignung polnischen Besitzes im Herrenhause noch nicht verabschiedet war. Dieser Entwurf widersprach dem Geist und Wortlaut der Reichsverfassung und war geeignet, die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft, das Vertrauen in die Sicherheit des Eigentums, zu untergraben. Der Versuch des damaligen Reichskanzlers, die Behandlung der Frage hier zu verhindern, wurde von der überwiegenden Mehrheit als eine Flucht vor der Verantwortung schwerwiegenden Regierungsmaßnahmen bezeichnet und als Mißachtung der Rechte des Reichstags. Auch heute wird die Mehrheit des Reichstags sich ihr Recht nicht nehmen lassen. Damals handelt es sich

Eine Lebensfrage.

Erzählung von Theodor Mügge.

(18. Fortsetzung.)

Seit einiger Zeit, sagte sie, weiß ich, daß Hertner mir seine Neigung schenkte. Er ist Ihr Jugendfreund, Sie haben ihn immer brüderlich geliebt, und er Sie nicht minder. In Sorgen um Ihr Wohl ist er öfter in den letzten Wochen hier gewesen und hat mir dabei gezeigt, welche Herzensgüte und welchen männlichen Ernst er besitzt. Seine Liebe macht mich stolz, aber dennoch — ich möchte nichts eher entscheiden, ehe ich mich Ihnen vertraut: ich möchte dies Haus nicht verlassen ohne Ihre Beistimmung. Sagen Sie mir, was ich tun soll.

Johannes Gerber stand eine Minute lang, ohne Antwort zu geben, dann aber hob er den Kopf zu ihr auf, und die alte, schöne Freudigkeit glänzte in seinen Blicken. O, Marie! rief er, der Schutzgeist wird von uns gehen, doch Hertner verdient es, und — Sie lieben ihn! — Die Freundin wird uns bleiben. Nein! ich verliere Sie nicht, das ist unmöglich, meine edle, meine geliebte Freundin — meine Schwester.

In der Fülle seiner freudigen Begeisterung drückte er sie an seine Brust und schaute sie voll Zärtlichkeit an, bis plötzlich auch Marie die Arme um seine Schultern legte und ihn herzlich und innig küßte.

Und eben jetzt wurde die Tür geöffnet, und die gnädige Tante stand mitten darin. Es war nur ein Augenblick, aber er genügte vollkommen. Der Doktor fuhr wie von einem Pfeil getroffen zurück.

Lassen Sie sich gar nicht stören, sagte Frau von Graßwitz mit ihrer gewöhnlichen Würde, wenn Sie aber fertig sind, mein Lieber, so kommen Sie doch zum Frühstück, Emma wartet schon sehr lange.

Johannes stand verstummt und verlegen, als die Tante verschwunden war. Marie nickte ihm freundlich zu. — Gehen Sie zu ihr, begann sie, ohne seine Bestürzung zu teilen, Emmas Herz ist gut. Sagen Sie ihr alles, was Ihnen gut dünkt, mein brüderlicher Freund. Vielleicht war es eine gute Schickung, daß Frau von Graßwitz uns überraschte, geben Sie ihr keine Zeit, neue böse Saat auszusäen. Niemand darf dulden, daß er verleumdet werde, wenn er die Macht hat, es zu hindern.

Trotz des Mutes, den er fühlte, blieb dem armen Doktor doch eine gewisse Bangigkeit übrig, die ihn auf den kurzen Weg begleitete. Zum ersten Male war die Freundlichkeit erheuchelt, mit welcher er seine schöne Frau begrüßte, denn sein Gemüt war von zu vielen Seiten bedrückt.

Die Tante saß bei Emma, und diese hielt den Kopf in ihrer Hand, als er sich ihr näherte und nach den herkömmlichen Wünschen ihre Lippen berühren wollte.

Niemand hatte ihm gedankt, jetzt aber machte die junge Frau eine rasche abwehrende Bewegung, die ihn erschreckte.

Setzen Sie sich, mein Lieber, sagte die Tante lächelnd. Sie sehen sehr angegriffen aus.

Bist Du krank, liebe Emma? fragte er.

Ich nicht, nein! erwiderte sie. Andere mögen es sein.

Unser armer kleiner Gotthold war sehr krank in dieser Nacht.

Und um dessentwegen bist Du zu Haus geblieben? Um die Nacht über an seinem Bette zu sitzen?

Mit der guten Marie, setzte die Tante hinzu.

Ihr allein haben wir es zu danken, daß das Kind uns erhalten ist, antwortete er lebhafter.

Ihre Dankbarkeit dafür ist jedenfalls unermeßlich groß, unterbrach ihn die gnädige Frau.

Sie wird niemals aufhören, erwiderte er.

Die Tante lachte boshaft. Ich muß Dir sagen, begann er verlegen, indem er sich zu Emma wandte, allein diese ließ ihn nicht weiter reden. Ich mag nichts hören, fiel sie ein, nur um das eine muß ich bitten, daß Marie heute noch unser Haus verläßt.

Unser Haus verläßt? fragte er. Das kannst Du nicht wollen. Erlaube mir, daß ich Dir erkläre. — Sie selbst wird Dir etwas vertrauen —

Ich verlange keine Erklärung, rief die Frau Doktorin heftig. Ich verlange, daß sie mich verläßt.

Das wäre mehr als undankbar, sagte er. Das kann nicht geschehen, wenigstens nicht in dieser Weise, nicht heut.

Allerdings heut, sogleich! rief sie noch heftiger. Ich glaube das fordern zu können und bestehe darauf.

Er schüttelte sanftmütig den Kopf. Ich bitte Dich, liebe Emma, begann er leise, Du darfst nicht auf Marie zürnen, die Du lieben und verehren solltest.

Immer besser, immer besser! fiel sie ein.

Aber, mein Lieber, sagte die Tante, seien Sie doch erkenntlich für Emmas Nachsicht. Sie will ja nichts weiter hören und wissen, sie verlangt nur, daß die gute Marie sich nicht weiter bemüht und das Haus verläßt.

Nicht eher, bis sie das selbst will, nicht eher! antwortete Johannes.

Der Ton war so nachdrücklich und so ungewöhnlich, daß die Frau Doktorin aufstand und mit dem Arm auf den Tisch gestützt stehen blieb. Ihr Gesicht rötete sich, erbittert zog sich der kleine hübsche Mund zusammen, ihre Augen waren voll Zorn.

Ruhig, mein Herzenskind, sagte die Tante. Dein Mann muß einsehen, daß Du recht hast. Es ist durchaus nicht seine Sache, darüber zu bestimmen, ob eine Gesellschafterin, die so überflüssig ist, im Hause bleiben soll oder nicht.

Sie soll fort! rief Emma. Sie soll — die Heuchlerin!

Wie kannst Du es wagen, sie mit solchem Namen zu nennen? erwiderte er. Geh zu ihr, und Du wirst es ihr abbitten.

Das ist zu viel! schrie sie auf, und indem sie gehen wollte, öffnete die Tante ihre Arme und hielt sie darin fest. — An Ihnen ist es jetzt, Abbitte zu leisten, mein Lieber, sagte sie. Sie benehmen sich in unverantwortlicher Art. Wie können Sie nach dem Auftritte, den ich mit angesehen habe, verlangen, daß dies Mädchen noch hier geduldet wird?

Aber, mein Gott! rief der Doktor, handelt es sich darum? Marie hat mir anvertraut, daß sie — doch das ist ihre Sache — ich habe ihr gesagt, daß ich sie innig liebe und verehre, wie meine teuerste Freundin, wie meine Schwester. Ja, wie meine Schwester! fuhr er mit erhöhter Stimme fort, als er das Lächeln der Tante bemerkte, und wie wäre es möglich, daß ich ihr Leid zufügen könnte!

Für Ihre Frau, die Ihnen soviel geopfert hat, werden Sie dies Opfer dennoch bringen müssen, antwortete die Tante.

Geopfert? fragte er, bestürzt über das Wort. Was hat sie mir geopfert?

Ihre Jugend, ihre Aussichten, ihre Stellung zur Welt, ihren Namen sogar, fuhr Frau von Graßwitz fort. Ich denke, Sie müssen das einsehen, mein Lieber.

O — o! Emma! sagte er, einen flehenden Blick auf seine Frau werfend, indem er beide Hände nach ihr ausstreckte.

Wenn Du mich liebtest, würdest Du danach handeln! rief sie zurückweichend.

Wenn ich Dich liebte! murmelte er, und mit einer Hand seine Stirn bedeckend fügte er hinzu: Wenn das nicht wäre — mein Gott! wenn Deine Liebe nicht wäre, ich würde verzweifeln!

In diesem Augenblick kam Brinkmann herein und meldete, daß Herr von Sternau gekommen sei und den Herrn Doktor in dessen Zimmer erwarte.

Ein Wink de rFrau Majorin entfernte den Diener sogleich wieder, dann wandte sie sich an Johannes. Leopold kommt zur rechten Zeit, sagte sie, gehen Sie, er wird Ihnen gewiß manches mitzuteilen haben. Dem Geheimrat war es gestern nicht angenehm, daß Sie fortblieben, er wollte mit Ihnen sprechen. Es ist alles so gut wie abgemacht, Sie werden die Stellung erhalten, aber seien Sie jetzt vernünftig, kränken Sie Emma nicht mehr, überlassen Sie ihr zu tun,

um einen Entwurf, heute um eine vollendete Tatsache. Es ist Tatsache geworden, daß aus politischen Gründen enteignet wird, um an die Stelle von Staatsbürgern, die der Regierung nicht genehm sind, andere ihr genehme zu setzen. Diese Tatsache ist eine Schmach des 20. Jahrhunderts. (Lebh. Zust. b. d. Polen.) Im Herrenhause erhielt Fürst Bülow damals nur mit Mühe eine Mehrheit, eine Mehrheit aus liberalen Bürgermeistern. (Hört, hört! b. d. Soz. und Polen.) Diese Mehrheit erhielt er nur durch die Zusicherung, das Gesetz solle als Drohung wirken und nicht angewendet werden. Noch im vorigen Frühjahr erklärte der Landwirtschaftsminister ähnliches. Jetzt sollen 4 Güter enteignet werden. Das Gesetz läßt die Enteignung nur zu zur Abrundung bestehender deutscher Niederlassungen und nur bei Gütern, die in der letzten Zeit die Besitzer gewechselt haben. Frau Liskowska, die enteignet werden soll, hat das Gut in der Erbauseinandersetzung mit ihren Kindern erworben, ihr Ehemann besaß es 8 Jahre. Koldan, der ebenfalls enteignet werden soll, hat sein Gut ehrlich erworben, um darauf zu wirtschaften. Er ist der Nachkomme eines Offiziers, der 1870 schwer verwundet und für seine Tapferkeit mit dem Eisernen Kreuz dekoriert worden ist. (Hört, hört! b. d. Polen.) Beide Güter grenzen dicht an deutsche Ansiedlungen. Trotzdem erwiderte das preußische Ministerium auf die Beschwerde, für den Begriff der Abrundung sei nicht erforderlich, daß das zu erwerbende Gut unmittelbar an die abzurundenden deutschen Niederlassungen grenze, es genüge vielmehr eine Nachbarlage, die die Anknüpfung gegenseitigen Verkehrs und Handels ermögliche. So treibt das preußische Ministerium in seiner Interpretation mit der Logik und Juristerei in geradezu zynischer Weise Hohn. (Lebh. Zust. b. d. Polen und Soz.) (Präsident Kämpf rügt diesen Ausdruck!) Jedes Vertrauen zu Gesetz und Recht und zu den Behörden muß bei solcher Interpretation verloren gehen. (Sehr richtig! b. d. Polen.) Ein zweiter Punkt ist die volle Entschädigung. Als ob irgend eine Entschädigung möglich ist für die paarweise Vertreibung von Haus und Hof. (Sehr wahr! b. d. Polen.) Koldan aber hat für sein Gut 950 000 Mark gezahlt, die Taxe stellte für die Enteignung nur einen Wert von 830 000 Mark fest, und der Präsident der Ansiedlungskommission will davon noch 100 000 Mark heruntersetzen. (Zuruf b. d. Polen: Das ist Konfiskation!) Als ich diese Tatsachen in einer Versammlung vorbrachte, rief man mir zu: Diebstahl! Raub auf offener Straße! So urteilt das Volk nicht mit unrecht. (Lebh. Zust. b. d. Polen.) Wir erachten das Gesetz vom 20. März 1908 für rechtsungültig. Reichsrecht geht vor Landesrecht, und das Gesetz widerspricht der Reichsverfassung. Die Anwendung dieses rechtsungültigen Gesetzes muß auf die ganze polnische Bevölkerung revolutionierend wirken, und das Ziel, die Dezimierung der Polen, wird doch nicht erreicht werden! (Sehr wahr! b. d. Polen.) Wir werden den Antrag stellen: „Der Reichstag wolle beschließen, die Zulassung der Enteignung polnischer Gutsbesitzer für die Zwecke der Ansiedlungskommission durch den Reichskanzler entspricht nicht den Anschauungen des Reichstages." Zu dieser milden Form sind wir durch die Geschäftsordnung gezwungen. Stimmt der Reichstag unserem Antrage zu, so verurteilt er damit, wie sie es verdient, die Enteignungspolitik der Regierung auf das schärfste. (Lebh. Beif. b. d. Polen.)

Abg. Wendel (SD.): Sie sehen, die Regierung hat zu dieser Interpellation einen sehr bequemen Standpunkt eingenommen, sie will einfach nichts damit zu tun haben, räumt das Feld und verschwindet. Statt daß der Reichskanzler es für notwendig gehalten hätte, in dieser außerordentlich wichtigen politischen Angelegenheit persönlich hier zu erscheinen, schickt er uns lediglich ein Stück Papier und einen Staatssekretär (Heit.) und läßt sich berufen auf alte Erklärungen, die dadurch nicht besser und richtiger werden, daß man sie hier wiederholt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Vertreter der Regierung beruft sich auf eine Erklärung, die hier von der Regierung vor Jahren abgegeben worden ist. Aber die Interpellation Brandys, unterschrieben von 73 Mitgliedern dieses Hauses, ist neu, ist von gestern, und diese 73 Mitglieder stellen sich mit dieser neuen Interpellation auf den Standpunkt, daß die Anwendung des Enteignungsgesetzes eine Verletzung der Reichsverfassung darstellt. Selbst wenn die Regierung der Ansicht ist, daß die Polenpolitik und die Enteignung lediglich preußische Landessache sind und nicht hineingreifen in die Interessensphäre des Reichstags, so wäre es angesichts der neuen Interpellation doch ihre Pflicht gewesen, das wenigstens einigermaßen ausführlich zu begründen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Verfahren, das die Regierung beliebt, läßt eigentlich nur zwei Deutungen zu. Entweder ist der Regierung die Reichsverfassung und ihre Verletzung derart eine quantite negligeable, eine Nichtigkeit, daß sie glaubt, darauf gar nicht eingehen zu brauchen, oder die 73 Vertreter des deutschen Volkes sind ihr eine solche quantite negligeable, daß sie glaubt, sich über die Beantwortung hinwegsetzen zu können. Aber wenn man das Verhalten der Regierung auch vom politischen Standpunkt aus keineswegs billigen kann, vom menschlichen Standpunkt finde ich es außerordentlich begreiflich. Ein gutes Gewissen hat es nicht nötig, sich hinter dem Wandschirm der Formalien zu verstecken. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn die Regierung darauf rechnen könnte, hier mit ihrer Politik Erfolge einzuheimsen, hätte sie das auch sicher nicht getan. Aber wir befinden uns hier nicht im Preußischen Landtag, wo die durch das Dreiklassenwahlrecht durchfiltrierten Abgeordneten in ihrer Mehrheit mit der Polenpolitik der Regierung durch dick und dünn gehen, sondern wir sind hier im deutschen Reichstag, wo immerhin die Meinung der Massen draußen im Lande unverfälschter und kräftiger zum Ausdruck kommt, als hinter den schalldämpfenden Türen der preußischen Landstube. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Deshalb ist es sehr erklärlich, daß die Regierung den besseren Teil der Tapferkeit, die Vorsicht, gewählt hat. Wenn wir Sozialdemokraten hier mit aller Entschiedenheit gegen die Enteignung von Grundbesitzern, die Gegenstand der Interpellation ist, auftreten, so geschieht das nicht ohne boshafte Schadenfreude darüber, daß die Weltgeschichte hier wieder einmal die Dinge auf den Kopf gestellt hat. Denn in diesem Falle müssen wir, die „Umstürzler von Beruf", die Verfassung stützen gegen die „Staatsretter von Beruf". (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir, die Internationalen, müssen uns des nationalen Rechts eines unterdrückten Stammes annehmen gegen die Bannerträger des nationalen Gedankens, und wir, die vielverrufenen Feinde des Privateigentums, müssen das Privateigentum verteidigen gegen seine allerfanatischsten Anhänger. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn wir das tun, so geschieht es wahrhaftig nicht um der schönen Augen der Polen wegen. Ganz im Gegenteil, meine Parteifreunde in den östlichen Provinzen beschweren sich sehr lebhaft über die nationalpolnische Presse, die mit einer gewissen unschönen Geflissentlichkeit darüber hinweggeht, daß auch die Sozialdemokratie sich der nationalen Rechte der polnischen Bevölkerung annimmt. Die Nationalpolen wollen aus naheliegenden Gründen das Monopol dieser Vertretung haben. Vor allem liegt uns natürlich an den polnischen Junkern genau so wenig wie an ihren Klassengenossen, den preußischen Junkern. (Sehr wahr: b. d. Soz.) Aber wir machen gegen die Polenunterdrückungspolitik Front aus dem tiefen Gefühl für Recht und Gerechtigkeit heraus, das der modernen Arbeiterklasse und ihrer politischen Vertreter unausscheidbar im Blute sitzt, wie die roten und weißen Blutkörperchen. Es wäre allerdings zwecklos, den Schwärmern für die Hakatistenpolitik, die natürlich zugleich ihre Nutznießer sind, mit Rechtsgründen zu kommen, das wäre ein Versuch an durchaus untauglichem Objekt. Daß ihr Vorgehen mit den Geboten der Ethik nicht im Einklang steht, ist ja für die Hakatisten an sich ein Gegenstand minderer Bedeutung, und wenn etwas an diesen unerfreulichen Dingen erfreulich ist, so die Offenherzigkeit, mit der sich die Hakatisten zu ihrer ethischen Dickfelligkeit, will ich einmal sagen, bekennen. Einer ihrer hitzigsten Vorkämpfer, Justizrat Wagner, hat auf einem Ostmarkentage erklärt: „Wir wollen den polnischen Besitz verringern, was dabei aus den Polen wird, geht uns nichts an. (Hört, hört! b. d. Soz.) Er sagte weiter: „Die „Frankfurter Zeitung" hat kürzlich ironisch gesagt, ob den Polen Recht oder Unrecht geschehe, sei wohl Nebensache. Das ist auch Nebensache." (Hört, hört! b. d. Soz.) Und ein Mitglied des Reichstags, der Abg. v. Liebert, hat für die Polenpolitik den Grundsatz proklamiert: „Macht geht vor Recht", — er nickt mir bestätigend zu — ein sehr lapidarer Grundsatz, der aber eigentlich besser paßt zum preußischen Kasernenhof, auf dem ja Herr v. Liebert Bescheid weiß, als zum

kleinen Katechismus,

in dem er wenigstens Bescheid wissen sollte. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Diesen Grundsatz mit den Prinzipien der Ethik in Einklang zu bringen, dazu gehören schon die Eigenschaften eines Schlangenmenschen, der sich durch die Sprossen einer Leiter hindurchwindet. (Heiterkeit.) So wenig ich an die Ethik der Hakatisten appelliere, so wenig will ich appellieren an ihr Kulturschamgefühl. Als die Enteignungsvorlage eingebracht wurde, hat der bekannte polnische Dichter Sienkiwicz die Meinungen hervorragender Leute aller Länder in einem Buche gesammelt. Es befinden sich Namen von Weltruf darunter, das Werk ist in seiner Art ein Kulturspiegel, aber wenn man hineinblickt, ist man nicht gerade entzückt davon, ein Deutscher zu sein, denn alle diese Stimmen sind einig in der Brandmarkung dieser Gesetzgebung, und was peinlicher wirkt als die Entrüstung, ist das Erstaunen bei vielen, das Befremden darüber, daß in einem Volke, das stolz ist auf seine Zivilisation, stolz auf seine großen Dichter, bei einem Volke des 20. Jahrhunderts derartiges überhaupt möglich ist. Es finden sich darunter Männer aller Parteien, wie ich ausdrücklich betonen möchte, auch viele Freunde deutschen Wesens, die nicht nur im Namen der Gerechtigkeit, sondern auch im Namen des Christentums Einspruch erheben gegen die Enteignungswillkür. Da schreibt z. B. der Pfarrer Ruggatz, er ist der Rechten allerdings verdächtig, denn er ist der Pfarrer jenes Baseler Münsters, das am 24. November 1912 von der gewaltigen Friedenskundgebung des Sozialismus widerhallte. Dieser Pfarrer schreibt: „Es versteht sich meines Erachtens ganz von selbst, daß jeder, der das Evangelium predigt oder sich dazu bekennt, solche Dinge verurteilt, denn sie schlagen seinem Geiste ins Gesicht." (Hört, hört! bei den Soz.) Da in Deutschland ein evangelisch-orthodoxes Blatt, der „Reichsbote", es fertig gebracht hat, zu schreiben: Im Namen des Christentums muß gegen die Friedensbewegung protestiert werden, (Hört, hört! bei den Soz.) so zweifle ich nicht daran, daß sich auch hier Diener des Christentums finden werden, die es für die erhabenste Blüte der christlichen Weltanschauung ausgeben, wenn Leute ohne Schuld von ihrem Haus und Hof verjagt werden. Wir Sozialdemokraten sind auch deshalb Gegner des Enteignungsverfahrens, weil es sich um die brutale Anwendung eines brutalen Ausnahmegesetzes handelt, mit dem ja nach Cavours bekanntem Wort jeder — ich will den Satz aus dem Zoologischen ins Parlamentarische übertragen — geistig Minderbegabte (Heiterkeit) regieren kann. Vor allem wenden wir uns dagegen, weil es sich hier handelt um eine eklatante Verletzung der Reichsverfassung. Das so benannte Indigenat, das im § 3 der Reichsverfassung den Angehörigen jedes Bundesstaates in jedem anderen Bundesstaate u. a. festen Wohnsitz und Erwerb von Grundstücken gewährleistet, wird dadurch verletzt. Es heißt ausdrücklich: kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Befugnis durch die Obrigkeit seiner Heimat oder die Obrigkeit eines anderen Bundesstaates beschränkt werden. Ich will nur theoretisch folgenden Fall annehmen. Ein bayrischer Staatsangehöriger kauft sich im Bereich des Enteignungsparagraphen ein Gut, und die Ansiedlungskommission hält gerade dieses Gut geeignet für ihre Zwecke und expropriiert den Bayern. Der Bayer beschwert sich bei seiner Regierung, und mit vollem Recht wird dann der Bayrische Bundesratsgesandte beim Reichskanzler Beschwerde erheben wegen Verletzung der Reichsverfassung durch Anwendung dieses preußischen Gesetzes, und da nach Artikel 4 der Verfassung die Bestimmungen über Niederlassung der Beaufsichtigung durch das Reich unterliegen, so wird in diesem Falle schleunigst und energisch der Reichskanzler v. Bethmann gegen den preußischen Ministerpräsidenten v. Hollweg (Httt.) einschreiten müssen. Das wäre die Pflicht des Reichskanzlers, er dürfte aber dann auch nicht abwarten, bis dieser Fall sich praktisch ereignet, sondern müßte sich im Prinzip gegen das preußische Gesetz wenden, das die Reichsverfassung durchlöchert, und wenn er das nicht tut, wenn er pflichtvergessen handelt, so ist es Aufgabe des Reichstages, wenigstens der konstitutionellen Partei dem Reichskanzler mit allem Nachdruck zum Gehör zu bringen, was seines Amtes ist, um so mehr, als die Herren Junker ja jederzeit geneigt sind, aus dem Papier, auf dem die Reichsverfassung steht, Fidibusse zu drehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auf einem Hakatistentag in Bromberg hat bekanntlich Herr v. Tiedemann gesagt: Wir dürfen uns nicht bange machen lassen, wenn der eine oder andere in übergroßer Gewissenhaftigkeit sagt: Das ist gegen die Verfassung. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist auch das Bekenntnis einer schönen Seele, auf ein bißchen Verfassungsbruch kommt es den Polenfressern nicht an. Es kommt ihnen auch nicht an auf ein bißchen Revolution, denn die Enteignung ist, darüber wollen wir uns im klaren sein, ein Stück Umsturz, allerdings ein Stück Umsturz von oben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Unlängst hat Kollege Gröber hier wegen der Anwendung des Jesuitengesetzes den Bundesrat in Parallele gerückt mit dem französischen Nationalkonvent von 1793. Ich will nicht entscheiden, ob mit Recht oder Unrecht, aber bei der Polenenteignung trifft allerdings der Vergleich des preußischen Ministeriums mit dem französischen Konvent ins Schwarze. (Glocke des Präsidenten. Lautes Gelächter bei den Soz.)

Kräsident Kämpf: Wenn Sie vorhin dem Reichskanzler Pflichtvergessenheit vorgeworfen haben, so überschreitet das die Grenzen des Parlamentarismus.

Wendel (fortfahrend): Es ist mir allerdings wohl bewußt, daß ein gewisser Unterschied besteht zwischen dem Bürger Robespierre und dem Bürger Bethmann-Hollweg. (Gr. Heiterkeit bei den Soz.) Aber der Vergleich fällt in diesem Falle noch zugunsten des französischen Konvents aus, denn damals wurden nur Leute enteignet, die gegen ihr Vaterland die Waffen getragen hatten, hier aber werden Leute von Haus und Hof gejagt, ohne daß auch nur ihre Gesinnung dabei in Frage kommt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Enteignung in Preußen verstößt gegen jedes christliche und juristische, gege jedes politische und allgemein menschliche Empfinden. Sie darf aber in dem Bilde Preußens, in dem Bilde des Staates, der die Arbeiterklasse unterdrückt, der den Angehörigen einer Konfession, den Juden, das Stigma der Minderwertigkeit aufdrückt, nicht fehlen. Preußen hat schon mehr enteignet als ein paar Rittergüter. Die Welfen werden wissen, daß das Volk den Spruch am Helm der preußischen Garde „Suum cuique" (jedem das Sein) übersetzte mit „Jedem das Seine rauben". (Heiterkeit.) Auch die Polenenteignung ist den Preußen nichts Neues. Friedrich II. war der erste preußische König, der mitschuldig war an dem politischen Verbrechen der Teilung Polens. (Präsident Kämpf ruft den Redner zur Ordnung.) Dieser Ausdruck ist nicht von mir formuliert, sondern von einem Mann, der gerade in dem Jubiläumsjahr 1913 als einer der größten Männer Deutschlands gefeiert wird, vom Freiherrn v. Stein. (Stürm. Htk.)

Präsident Kämpf: Ich habe hier zu verhindern, daß unparlamentarische Ausdrücke gebraucht werden.

Wendel (fortfahrend): Friedrich II. hat auch die Polenenteignung bereits in Angriff genommen und sich dabei der Spitzelei bedient; er ließ polnische Gutsbesitzer in den neueroberten Landesteilen aufwiegeln, damit sie den Huldigungseid verweigern, und er so einen Vorwand bekäme, ihnen die Güter wegzunehmen. So wenig das zu rechtfertigen ist, so zeigt sich darin ein gewisses Anstandsgefühl; er schuf Hochverräter, weil er nur Hochverräter enteignen wollte. Heute aber wird drauflos enteignet ohne nach Schuld und Verdienst zu fragen. In der vormärzlichen Zeit hielt man ein Edikt, das auf die systematische Verdrängung der Polen hinwirken sollte, geheim, man schämte sich damals noch. (Zuruf: Das ist schon lange her!) Inzwischen hat man ein robusteres Gewissen bekommen, und proskribiert, wie zu den Zeiten des Marius und Sulla. Dem Vater der preußischen Polenpolitik, dem Fürsten Bismarck, erschien es als ein Kinderspiel, mit den Polen fertig zu werden. Aber der Verlust ist auf der Seite des Deutschtums gewesen, und der Gewinn wird — dessen können Sie sicher sein — bei Rom sein. (Gr. Heiterk. und Zurufe: Sehr wahr!) In den 25 Jahren vor der Ansiedelungspolitik hat sich der polnische Besitz um 195 000 ha

---

was nötig ist, um — Ihre Irrtümer gut zu machen. — Ich bitte Sie, mein Lieber, nur jetzt keine weiteren Erörterungen, fuhr sie fort, als sie bemerkte, daß er etwas erwidern wollte. Emma ist aufgeregt, Sie müssen beide ruhiger werden. Gehen Sie doch, gehen Sie, wir wollen nachher das Versöhnungsfest feiern.

Er war noch immer gehorsam genug, diesen Weisungen Folge zu leisten, aber es kostete ihm große Ueberwindung, sich zu entfernen.

Emma lehnte den Kopf auf die Schulter ihrer Tante und blickte nicht auf, als er traurig und verlangend sie betrachtete. Sein Herz war wund von dem Weh, daß sie auf ihn zürnte, wund von dem Unrecht, das er erfuhr, und doch nicht hoffnungslos. Ja, diese Hoffnung regte sich lebendiger, als er, im Gehen zögernd, die gute Tante lachend sagen hörte: Aber Emma, ich glaube wirklich, Du bist alles Ernstes eifersüchtig. Ich dächte, dazu könnte Dein Mann Dir keine Veranlassung geben.

Ehe Emma etwas erwiderte, ließ sich Sternau auf dem Gange vernehmen, und als der Doktor die Tür des Vorzimmers aufmachte, trat er ihm entgegen; aber diese wenigen Augenblicke reichten hin, um Johannes ruhiger und mutiger zu machen. Die Tante verteidigte ihn, sie ermahnte Emma, das waren gute Zeichen; selbst der Vorwurf, daß sie eifersüchtig sei und keinen Grund dazu habe, brachte ein eigentümliches, freudiges Empfinden in ihm hervor. O, er wollte sie versöhnen, sie sollte ihn hören, und er wollte ihre Eifersucht, die ihn heimlich freute, mit verdoppelter Liebe lohnen. — Sein Gesicht heiterte sich bei diesem Gedanken auf, und Sternau wurde von ihm mit Freundlichkeit begrüßt.

Nun, sagte der junge Held, ich sehe, Ihr Unwohlsein von gestern hat nichts zu bedeuten, aber es ist schade, daß Sie nicht bei uns waren. Wir haben uns köstlich vergnügt, Kusine Emma tanzt göttlich; überhaupt, Doktor, Sie sind beneidenswert!

Johannes rieb sich lächelnd die Hände: Ich hoffe es zu sein, sagte er. Emma ist sehr liebenswürdig. Es freut mich, wenn sie vergnügt war und — ja, das freut mich noch mehr, daß sie es auch heut sein kann.

Herr von Sternau verstand den Sinn seiner Antwort nicht, aber er verstand ihn falsch. Sie meinen wegen dessen, was Köller ihr gesagt hat. Die Sache ist richtig, lieber Doktor, der Staatskanzler wird seinen ganzen Einfluß geltend machen und dem kann der Minister nicht widerstehen, obwohl er allerdings einen anderen Kandidaten für die Professur sich schon ausgesucht hatte. Lassen Sie uns in Ihr Zimmer gehen, ich habe Ihnen noch etwas darüber mitzuteilen. Mein Schwager hat mir nämlich Ihre Arbeit mitgegeben, die er in vieler Beziehung ganz vortrefflich findet, nur einiges wünscht er umgearbeitet, wie ich es Ihnen schon andeutete. Da Sie nun gestern nicht gekommen sind, habe ich das Manuskript mitgebracht und werde Ihnen die roten Striche erklären.

Die Bogen fanden sich auf dem Schreibpult des Gelehrten, und Herr von Sternau schlug sie auseinander und deutete auf die Zeichen, welche sein Schwager gemacht hatte. Ich will Ihnen zunächst einfach wiederholen, begann er, was Köller mir sagte. Die Arbeit, sagte er, ist außerordentlich geistreich, gedankenvoll und prächtig, ich habe sie mit dem größten Interesse gelesen. Doktor Gerber hat mit bewundernswerter, kühner Freimütigkeit seine Anschauungen darin niedergelegt, daß die Kunst in die Bildung des Volkes eingreifen müsse, um dies zur sittlichen Freiheit zu erziehen, und wie mit dieser Volksfreiheit erst die rechte Entwickelung der Kunst in ihrer höchsten Vollendung zu erwarten stehe.

Ganz recht, sagte Johannes. Der Geheimrat hat gut gelesen. Erst wenn die Kunst wirklich Eigentum des Volkes geworden ist, wenn das Volk lebendigen Anteil daran nimmt, wenn sie im Volke lebt und der Schönheitssinn aus ihm heraustritt, kann die moderne Kunst die Wechselwirkung ihrer Veredelung und Erhebung des Menschengeschlechts erreichen. Und dazu gehören freie Staatsformen, ein freies Entfalten aller menschlichen Tätigkeit und aller Geisteskräfte, eine glückliche Harmonie der Belebung der ganzen Gesellschaft, die den Staat bildet, der selbst ein Kunstprodukt ist.

Sie haben mit edler Begeisterung und mit poetischem Feuer Ihren Aufsatz geschrieben, lieber Doktor, antwortete Sternau, aber Sie haben die praktische Seite vergessen. Sie sind von den Ideen ausgegangen, nach denen die beste Welt gemacht werden könnte, ohne zu bedenken, wie sie in der Wirklichkeit vorhanden und schon fertig ist.

Ein schwermütiges Lächeln zog um die Lippen des Gelehrten. Er dachte an die Fabrikvorstadt und was ihm dort eingefallen. O! erwiderte er, allerdings darf man nicht zu viel erwarten, allein die Menschen sind ursprünglich gut, und ihr Streben geht nach dem Göttlichen. Man muß ihnen den Weg zum Wahren und Schönen zeigen, so weit man ihn selbst zu erkennen vermag.

So weit man dies tun darf, fiel Sternau ein. Ich will Ihnen jetzt weiter mitteilen, wie Köller urteilt, und was ich selbst für das richtige halte. Diese Abhandlung soll Ihnen zur Empfehlung bei dem Minister dienen, trotz aller ihrer Vorzüge wird sie dies jedoch nicht tun, wenn Sie dieselbe nicht umarbeiten. Der Minister wird davor erschrecken und dem Staatskanzler sagen: wie ist es möglich, einen Mann anzustellen, der ohne alle Scheu die gefährlichsten Grundsätze predigt! In dieser ganzen Abhandlung ist kein Wort von den christlichen Grundlagen der Kunst zu finden.

(Fortsetzung folgt.)

vermindert, in den 21 Jahren der Ansiedelungspolitik hat er sich um 100 000 ha vermehrt. (Hört, hört!) Und so wird es mit dem Enteignungsgesetz weiter gehen. Man wollte die Preistreiberei durch dieses Gesetz verhindern und hat sie erst recht gefördert. Deshalb begreift man, warum die Konservativen diese Politik auf Verderb und Gedeih trotz aller Bedenken mitmachen, denn „wenn das Geld im Kasten klingt, der Junker selbst durch das Fegefeuer springt!“ (Heiterkeit.) Auch die Beamten haben Vorteile von dieser Politik durch die Ostmarkenzulage, ferner die Großindustriellen des Westens, denen billigere Arbeitskräfte zufließen. Geschädigt werden die deutschen Kaufleute durch den Boykott der Polen. Vier polnische Besitzer werden enteignet und vierhundert deutsche Kaufleute und Händler werden dadurch ruiniert. Welch grandioser Gewinn für das Deutschtum! Zumal gleichzeitig 10 000 polnische Arbeiter nach den westlichen industriellen Bezirken verschleppt werden. Dort entstehen große polnische Gemeinwesen. In den Regierungsbezirken Arnsberg und Münster gab es 1905 in den Volksschulen 4000 Kinder, die nur polnisch sprechen konnten, 1911 gab es deren schon 20 000. (Hört, hört!) Mit einem Fremdwort nennt man das Germanisierung. (Große Heiterkeit.) Darüber sollte man sich entrüsten, daß hier in rein deutschen Gebieten die Sprache Goethes von der Sprache Korfantys verdrängt wird. Aber die polnischen Arbeiter sind anspruchslos, und in ihrer verdammten Bedürfnislosigkeit den Industrieherren als Lohndrücker und gottgewollte Streikbrecher angenehme Gäste. (Sehr gut! bei den Soz.) Eine andere Spielart der Hakatisten sind die konservativen Großgrundbesitzer. Auf der Tribüne hier sagen sie, wir haben zuviel Polen im Lande, aber daheim auf ihrer Klitsche meinen sie, sie haben zu wenig Polen, und ziehen Jahr für Jahr Hunderttausende von polnischen Arbeitern aus Rußland und Galizien herein. Den

Import von billigem Schweinefleisch

verhindern sie mit allen Mitteln, billiges Menschenfleisch können sie garnicht genug importieren. Darüber kann sich nur wundern, wer nicht weiß, daß bei den Hakatisten das Portemonnaie einen sehr großen Teil des Organismus ausmacht. (Große Heiterkeit.) Die Hakatisten wollen auch das polnische Bürgertum in den Städten ruinieren, indem sie die Städte mit deutschen Dörfern umgeben. Selbst wenn das Erfolg haben könnte, würde man doch nur eine Reihe polnischer Existenzen proletarisieren, man kann ihnen den polnischen Kramladen nehmen, aber nicht ihr polnisches Herz. (Sehr richtig!) Gegen die kaninchenhafte Vermehrung der Polen, über die Fürst Bülow geklagt hat, kommt die Regierung nicht auf, wenn sie nicht alle männliche Polen in den Zustand versetzen will, der für die männlichen Hofchargen des Sultans als Vorbedingung gilt. (Stürm. Hckt.) Warum hat die Regierung gerade jetzt das Enteignungsgesetz angewendet, während sie doch in den Tagen internationaler Spannung alle Volksteile versöhnen müßte. 1866 und 1870 schickte der General von Steinmetz die Regimenter aus Posen unter den Klängen des „Noch ist Polen nicht verloren“ ins Feuer, die hakatistische Musik der Enteignung wird weniger anfeuernd wirken. (Sehr richtig!) Aus den großen Umwälzungen im Orient könnte die preußische Regierung lernen, daß auch Urteile des Weltgerichts, das ja die Geschichte bildet, einer Revision unterliegen. Der Hauptfehler der Türken war eine falsche Nationalitätenpolitik, der Versuch der gewaltsamen Osmanisierung. Die Hakatisten jammern, daß die Umwälzung auf dem Balkan die Macht des Slaventums gestärkt und die Polen ermutigt habe. Bismarck hat diese ganze Politik unternommen, um die Gefahr des Panslavismus zu bannen, als Rußland durch den Zusammenschluß mit Frankreich übermächtig zu werden drohte. Der Erfolg der Politik ist Stärkung des Panslavismus. Fürst Bülow verhieß, die Enteignung solle nur zur Verteidigung des Deutschtums benutzt werden. Was ist denn nun geschehen? Schmieden die Polen hochverräterische Pläne, will Herr Seyda als moderner Thaddaeus Koszciusko seine Scharen gegen die Maschinengewehre führen? (Hckt.) Heinrich Heine sagt: die Handlungen eines Furchtsamen wie die eines Genies liegen außerhalb jeder Berechnung. Mancher hält den Reichskanzler vielleicht für ein Genie. (Gr. Hckt.) Wir anderen nehmen die andere Erklärung. Nun hat die preußische Regierung sicherlich nicht Furcht vor den Polen, vielleicht aber vor den Polenfressern, zu denen ja die Alldeutschen gehören, denen die Regierung zu weich ist, die es nicht verschmerzen können, daß wir wegen Marokko nicht Krieg mit der halben Welt geführt haben, und die es dem Reichskanzler nachtragen, daß er ihnen hier im November die Maske vom Gesicht gerissen hat. In der „Post“ schrieb Frhr. v. Zedlitz, daß das Vertrauen zur Regierung bedenklich erschüttert sei und auf den Nullpunkt sinken müßte, wenn auch der Kurs der Polenpolitik nicht festbliebe. Im Herbst darauf wurde die erste Enteignung vorgenommen. Sollte gar kein Zusammenhang bestehen? (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Regierung ist an die Enteignung wohl nur mit demselben Gefühl gegangen, wie der Teufel ans Weihwasser. Uns Sozialdemokraten klingt das Wort „Enteignung“ lieblich ins Ohr. Es ist eines der sympathischsten Worte. Freilich ist diese Enteignung nicht sozialistisch, sondern höchstens anarchistisch. (Hckt. und Sehr gut! b. d. Soz.) Denn sie wird gegen eine Nationalität und von einer kleinen Minderheit gegen die Mehrheit vorgenommen. Aber die Konservativen und Nationalliberalen haben damit doch das Prinzip durchbrochen, auf dem ihre Gesellschaft sich aufbaut, das Prinzip von der Unantastbarkeit des Privateigentums. In der Praxis haben die Konservativen ja immer enteignet, ich erinnere nur an die Kötteritze und Itzenplitze, die auf der Landstraße sehr energische Enteignungen vornahmen, und an die Enteignung des bäuerlichen Grundbesitzes. Aber in der Theorie, auf dem Papier, war das Privateigentum immer heilig, und der Jude Schlesinger, der unter dem Namen „Friedrich Julius Stahl“ als Vertreter des christlich-deutschen Staatsgedankens wirkte (Gr. Hckt.) hat das Grundeigentum für das allerheiligste Bollwerk erklärt. All das haben Sie (nach rechts) mit der Zustimmung zum Enteignungsgesetz verleugnet. Und Sie haben sich so des moralischen Rechts beraubt, über die Ziele Ihrer Gegner entrüstet zu sein. Sie haben die Frage der Enteignung aus dem Bereich der Rechtsfragen in das der Machtfragen gerückt. Solange Ihr Eigentum noch von Bajonetten umgittert ist, mag Ihnen das bedeutungslos erscheinen. Aber die Dinge ändern sich, und wenn an die große Enteignung gegangen wird, so wird Ihre kleine Enteignung von heute diese rechtfertigen, und manch einer von Ihnen wird sich dann vielleicht im Stillen sagen: Jetzt wird Dir mit demselben Maße gemessen, mit dem Du andere gemessen hast. (Lebhafter andauernder Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Graf Praschma (Z.): Es war falsch vom Reichskanzler, daß er sich hinter formale Einwände zurückzog. Die Regierung wird auf diesem Wege nie zum Ziele der Beruhigung der polnischen Bevölkerung kommen. Immer stärker wird die polnische Bewegung — nach Oberschlesien und in die Industriegebiete übergreifen. Die Polen werden erbittert und radikalisiert, noch dazu in einer Zeit, die eine bodenständige konservative Bevölkerung verlangt. Das Enteignungsgesetz ist ein Spiel mit dem Feuer wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Es gibt unverrückbare Grundsätze, die weder aus Zweckmäßigkeit noch aus Notwehr beseitigt werden dürfen. Wir werden dem Antrag der Polen zustimmen. (Beifall im Ztr.)

Schiee (NL.): Wir weisen die Behauptung zurück, daß das Enteignungsgesetz der Reichsverfassung widerspricht. Der Grundsatz der Enteignung ist nicht neu. Das Königreich Polen hat früher gegenüber Westpreußen nicht anders gehandelt, und wie gehen die Polen jetzt gegen die Ruthenen vor. Die Polen müssen sich daran gewöhnen, nicht Preußen auf Kündigung, sondern auf die Dauer zu sein. Wenn die Deutschen jetzt zum Boykott gegen die Polen greifen, so wenden sie nur ein Mittel an, das die Polen gegen uns schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts angewandt haben. (Widerspruch bei den Polen.) Wir behandeln die Polen mit Gerechtigkeit und werden mit ihnen fertig werden, und auch mit Ihnen, meine Herren Sozialdemokraten. (Bravo! b. d. Natl.)

Graf v. Carmer (Kons.): Die Regierung ist hier so angegriffen worden, daß man manchmal den Eindruck hatte, nicht im Deutschen Reichstag zu sein, sondern in dem Parlament eines Staates, der der erbittertste Feind Preußens ist. (Sehr gut! rechts.) Die ganze Frage gehört nicht vor den Reichstag; er macht sich heute eines schweren Einbruches in die Rechte der Einzelstaaten schuldig. Die Polenpolitik hat Preußen allein zu verantworten und nicht das Reich. (Bravo! rechts.)

Auf Antrag Sieg (Natl.) wird beschlossen, die namentliche Abstimmung über den polnischen Antrag erst morgen vorzunehmen.

Dr. Pachnicke (Vp.): Wir bedauern die Polenpolitik im deutschen Interesse. Die Geschichte hat gesprochen, preußischer Boden ist es, auf dem diese Dinge sich abspielen und preußischer Boden muß es bleiben. Aber die Enteignung ist nicht das richtige Mittel. Durch diese Erschütterung des Eigentumsbegriffes haben Sie (nach rechts) der Sozialdemokratie die beste Waffe in die Hand gegeben. Wie diese Waffe gegen Sie benutzt werden wird, davon hat die Wendelsche Rede einen Vorgeschmack gegeben. Durch eine vernünftige Schulpolitik und gutes Verwaltungsrecht müßten die Polen zur Annahme deutscher Kultur gewonnen werden. Wir richten unsere Angriffe gegen die preußische Regierung, der polnische Antrag wendet sich gegen den Reichskanzler. Weil wir die Zuständigkeitsverhältnisse respektieren müssen (Hört, hört! rechts.), werden wir uns der Abstimmung enthalten. (Lebh. Hört, hört! rechts, Gelächter bei den Soz., Bravo! bei den Vp.)

Mertin (Rp.): Nach diesem Meisterstück der Diplomatie (Gr. Heiterkeit) will ich nur betonen, daß wir die Zuständigkeitsfrage an den Anfang stellen. Herr Wendel hat von der Enteignung gesprochen, nun 1809 wurden die Rittergutsbesitzer gezwungen, die Hälfte ihres bäuerlichen Besitzes zu verschenken. (Hört, hört! rechts.) Die Polen sollten lieber statt solche Anträge einzubringen, dafür sorgen, daß friedliche Verhältnisse in den Ostmarken geschaffen werden. (Bravo rechts.)

v. Morawski (Pole): Die Konservativen untergraben mit ihrer Enteignungspolitik den Baum, auf dem sie selber sitzen. Wir bekommen noch einmal den Boden zurück, denn geraubtes Gut bringt dem Räuber keinen Segen. (Bravo! b. d. Polen.).

Präsident Kämpf kündigt an, daß die Abstimmung über den Antrag Brandys eine namentliche sein wird.

Hansen (Däne): Die Erfolge der deutschen Politik in den Grenzgebieten gleichen sich überall: die Gegensätze verschärfen sich und das Deutschtum geht zurück.

Thumann (Els.) protestiert gegen jedes Ausnahmegesetz und gegen das Enteignungsgesetz.

Ledebour (SD.): Die vortrefflichen Ausführungen meines Freundes Wendel hätten es eigentlich überflüssig gemacht, noch einmal unsere Stellung zu präzisieren, wenn nicht einige Vertreter der bürgerlichen Parteien wieder versucht hätten mit nationalen Gründen, wobei sie sich als Vertreter des deutschen Volkes aufspielten, die untaugliche Polenpolitik zu verteidigen. Herr Schlee meinte, es stehe in dem Enteignungsgesetz nicht drin, daß das Gesetz gegen die Polen angewandt werden solle, es könne dem Wortlaut nach auch gegen Deutsche angewandt werden. Damit hat er den Schleier gelüftet von dem Zweck, den man bei Abfassung des Gesetzes verfolgte. Man hat ihm geflissentlich eine Form gegeben, so daß es sich nicht nur gegen die Polen richtet, in dem Bewußtsein, daß es doch nur gegen die Polen angewandt werden soll. Das ist weiter nichts, als abgrundtiefe Heuchelei.

Präsident Kaempf: Ich nehme an, daß Sie mit dem Wort der Heuchelei nicht Mitglieder des Hauses gemeint haben.

Ledebour: Ich hatte „abgrundtiefe Heuchelei“ gesagt. (Heiterkeit.) Wenn die Anhänger der Enteignung so tun, als sprächen sie im Namen des deutschen Volkes, so hatte auch der Verlauf der Debatte gezeigt, daß zweifellos die große Majorität dieses Hauses, die das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit vertritt, gegen das Gesetz ist. Ich tue auch den Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei die große Ehre an, daß ich sie mit zu den ausgesprochenen Gegnern des Enteignungsgesetzes rechne (Heiterkeit), obgleich sie heute durch ihre Haltung eine etwas klägliche Rolle gespielt haben. Bei einem solchen Gesetz heißt es, Farbe bekennen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auf jeden Fall aber sind hier im Hause etwa 270 Gegner gegenüber nur 125 Anhängern des Enteignungsgesetzes, d. h. mehr als zwei Drittel der Vertreter des deutschen Volkes verurteilen das Gesetz. Hierbei tritt wieder sinnfällig zutage, zu welch tiefgehenden politischen Differenzen die Verschiedenheit des Reichstagswahlrechts und des preußischen Landtagswahlrechts führt. Staatssekretär Delbrück hat neulich bei einer anderen Gelegenheit die Notwendigkeit betont, daß die Politik des Reiches und Preußens nach einheitlichen Gesichtspunkten geleitet werden muß. Dann ist aber die notwendige Voraussetzung, daß die Regierung im Reich und in Preußen von einer Volksvertretung abhängt, die auf Grund desselben Wahlrechts gewählt ist. Deshalb appelliere ich an die Polen und an das Zentrum, sie mögen jede Gelegenheit benutzen, um auch in Preußen für das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht einzutreten. Ihre Haltung im preußischen Landtag hat leider bisher das Gegenteil bewiesen. Sie können nur dann gegenüber Ausnahmegesetzen gegen die Polen und gegen die Jesuiten wirksam ankämpfen, wenn sie an der Seite der Sozialdemokratie in den großen Wahlrechtskampf in Preußen eintreten. Findet sich in diesem Kampfe eine so starke Phalanx wie hier im Reichstag zusammen, so würde selbst ein Bethmann-Hollweg seinen Widerstand aufgeben müssen. Sie sind schuld daran, daß das Junkertum in Preußen noch eine solche Macht hat, das hier nur in winzigen Exemplaren (Ruf: Oertel! Gr. Hckt.) — ich meinte natürlich nur zahlenmäßig — existiert. Im übrigen erkenne ich an, daß sehr gewichtige Exemplare, nicht des Junkertums, sondern seiner Helfershelfer hier sitzen. Die Polen sind von der Schuld nicht frei zu sprechen, daß sie bei der Finanzreform die kleine Junkerpartei wieder in den Sattel gehoben haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sie haben damals offenbar auf die Dankbarkeit der Herren gerechnet, aber sie haben sich gründlich getäuscht, man hat ihnen noch einen Fußtritt obendrein versetzt. Deshalb sollten sie künftig wenigstens prinzipiell Opposition machen gegen die Politik der Junker. Wenn Sie diese Konsequenz nicht ziehen, so bin ich doch überzeugt, die polnische Bevölkerung, insbesondere die polnischen Arbeiter, werden diese Konsequenz ziehen, sie werden nicht länger mehr zusehen, wie Sie eine agrarische Politik treiben. Machen wir doch auch im Westen, wohin polnische Arbeiter so häufig durch die Unternehmer als Lohndrücker herübergeholt werden, die Erfahrung, daß wenn sie erst die Verhältnisse dort näher kennen gelernt haben, sie es sehr gut verstehen, an der Seite unserer Parteigenossen sich in den Lohnkämpfen tüchtig zu schlagen. (Sehr wahr! b. den Soz.) Daß Graf Carmer auf die Frage nicht näher eingegangen ist, begreife ich, denn die Junker haben sich verleiten lassen, die Sache mitzumachen, aber es ist ihnen sehr unheimlich dabei. Sie gleichen dem Bären, der dem Honiggeruch nachgeht, aber soviel Honig schleckt, daß er Erbrechen bekommt. (Hckt.) Der süße Honig der kapitalistischen Bereicherung ist Ihnen in die Nase gestiegen, aber Sie werden an diesem süßen Fraß verrecken. Aus Ihren Reden für das Enteignungsgesetz werden wir Schätze für die Agitation zusammentragen. Wir werden die Politik zum guten Ende führen, die Sie aus kleinlicher Gehässigkeit und Habgier gegen eine nationale Minderheit unternommen haben. Wir werden den Grund und Boden zum Nutzen der Allgemeinheit expropriieren unter Berufung auf Ihre Worte und Taten. Dann wird es keine unterdrückten Nationalitäten und keine unterdrückenden Völker mehr geben, und das deutsche Volk wird befreit sein von der Schmach und Schande, die diese hakatistischen Grundbesitzer, Spekulanten und Rechtsverdreher ihm bereitet haben. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Präsident Kaempf erklärt den Ausdruck „gehässige und habgierige Politik“ gegen eine Partei des Hauses für unzulässig.

v. Tramszinski (Pole): Die preußische Regierung gleicht dem Mann, der da sagt: „Ich haue meine Frau beständig, ich haue sie morgens, ich haue sie mittags, ich haue sie abends, und sie läuft doch fort!“ (Gr. Heiterkeit.) Die Ansiedlungskommission treibt geradezu offenen Straßenraub. Wenn die preußische Regierung von dieser Politik abläßt, sind auch wir zum Frieden bereit. (Beifall bei den Polen.)

Mumm (Wirtsch. Vpp.): Wir werden uns an der Debatte über diese rein preußische Angelegenheit nicht beteiligen. (Gr. Heiterkeit.)

Dr. Pachnicke (Vpt.): Wir enthalten uns der Abstimmung, weil der Antrag in seiner jetzigen Fassung staatsrechtlich ein Nonsens ist. Für die Handhabung eines preußischen Gesetzes können wir nicht den Reichskanzler, sondern nur das preußische Staatsministerium verantwortlich machen.

Ledebour (SD.): Jede staatsrechtliche Handlung in einem Einzelstaat kann gegen die Verfassung verstoßen, und dann ist der Reichskanzler berufen, dagegen einzuschreiten. Das Enteignungsgesetz und seine Ausführung verstoßen gegen die Reichsverfassung, und die Abstimmung über den Antrag der Polen bietet die einzige Möglichkeit, eine Verurteilung des untätigen Verhaltens der Reichsregierung gegenüber diesem Verstoß auszusprechen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Damit schließt die Besprechung. Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Namentliche Abstimmung über den Antrag Brandys, 2. Lesung des Fleischeinfuhrgesetzes.)

Schluß: 7¼ Uhr.

Außerordentlicher Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie.

Budapest, 26. Januar 1913.

Der außerordentliche Parteitag fand heute unter sehr starker Beteiligung der Partei- und Gewerkschaftsdelegierten statt. Aus der Hauptstadt und aus allen Gegenden des Landes waren Delegierte anwesend. Von den ausländischen Bruderparteien waren erschienen: Vandersmissen aus Belgien, Austerlitz aus Oesterreich und Bukseg aus Kroatien. Die Eröffnungsrede hielt Parteisekretär Buchinger. In markigen Worten machte er die erschienenen Delegierten auf den hohen Ernst der Situation aufmerksam, sie auffordernd, sich jedweder leidenschaftlichen Erregung zu enthalten und ruhig und besonnen, wie es ernsten entschlossenen Männern gebührt, ihre Beschlüsse zu fassen und dieselben dann zu halten.

Unter tosendem Beifall der gesamten Delegierten polemisiert der Vorsitzende sodann gegen die Regierung; die Parteileitung ist von dem Ministerpräsidenten insofern verleumdet worden, als er behauptete, die Parteileitung reize die Massen des Volkes auf, entziehe sich aber feig der Verantwortung. Die Parteileitung befasse sich weder einzeln noch insgesamt mit Güterschacher, sie verkaufe weder Bergwerke noch Besitzungen an den Staat, betreibe keine Häusermaklerei und baue keine Vizinalbahnen, auch dulde sie in ihrer Mitte keine Panamisten. Die Regierungsmitglieder dagegen hätten Grund, sich gerade wegen solcher Taten der Verantwortung zu entziehen. Nicht die Parteileitung ist es, die die breiten Massen des Volkes aufreizt. Aufreizung dagegen war es, was am 3. Juni des vergangenen Jahres im Reichstage geschah. Aufreizung ist es, daß die Löhne so niedrig, die Lebensmittel so furchtbar teuer, daß die Kultur im Lande auf so niedrigem Niveau steht. Die Parteileitung übernimmt jederzeit die Verantwortung für ihre Taten, wird sich aber auch nicht das Recht nehmen lassen, die Regierung für ihre gesetzwidrigen Handlungen zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Genossen Vandersmissen, Austerlitz und Bugsek hielten Begrüßungsansprachen. Das Referat zu dem einzigen Punkte der Tagesordnung: „Kampf gegen den Regierungs-Wahlrechtsentwurf“ hate Genosse Ernst Garami. Die Rede löste unbeschreibliche Begeisterung aus. Wie ein Mann erhob sich am Schluß der Rede der gesamte Kongreß und stimmte die Marseillaise an. Die vorgelegte Resolution, die ohne jede Aenderung einstimmig angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Der am 26. Januar 1913 abgehaltene außerordentliche Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Ungarns stellt fest, daß der Wahlrechtsreformentwurf der Regierung Lukacs weder das vom Könige in feierlicher Weise mehrmals gegebene Versprechen einlöst, noch den von der gegenwärtigen und den bisherigen Regierungen übernommenen Wahlrechtsverpflichtungen entspricht. Dieser Gesetzentwurf bietet weder das allgemeine, noch das gleiche Wahlrecht, entbehrt der geheimen Abstimmung, stellt den gegenwärtigen rechtsräuberischen Zustand nicht ein und befriedigt die Interessen der landwirtschaftlichen und gewerblichen arbeitenden Klassen, mögen diese Kleinbauern, Landarbeiter, Bürger oder gewerbliche Arbeiter sein, nicht im entferntesten Maße.

Der Parteitag fordert daher die organisierte Arbeiterschaft auf, daß sie gegen diesen Entwurf ohne Aufschub den schärfsten Kampf aufnehme und diesen so lange fortsetze, bis dieser Entwurf und die Regierung, deren Wortbruch ihn schuf, verschwinden. — Der Parteitag stellt mit Befriedigung fest, daß dieser Kampf schon begonnen und nimmt es mit Freude zur Kenntnis, daß an diesem Kampfe auch angesehene Schichten der Bürgerschaft teilzunehmen gedenken. Der Parteitag erklärt sich bereit zum gemeinsamen Kampf, nicht nur mit der vereinigten Opposition des Parlaments, mit welcher ihn auch die gemeinsame Vereinbarung bezüglich des Wahlrechts verbindet, sondern sie ruft zu gemeinsamem Kampfe auch die in ihren Interessen schwer geschädigte gesamte Bürgerschaft auf. Der Parteitag fordert zum gemeinsamen Sturm gegen den Wahlrechtsentwurf der Regierung

...ars sämtliche fortschrittlich gesinnte Schichten der Bevölkerung Ungarns auf. — Der Parteitag ermächtigt die Parteileitung, diesen Kampf mit jenen Waffen zu führen, die sie für ... findet, und fordert die Parteileitung auf, im gegebenen ...oment den auf das ganze Land sich erstreckenden Massen...ik zu verkünden. Um dies zu ermöglichen, fordert der Par...tag die Parteileitung, sämtliche Organe und Organisa...nen der Arbeiterbewegung auf, die Vorbereitungen zum ...ssenstreik im ganzen Lande, bis auf die kleinsten Details ... erstreckend, zu treffen und dem von der Parteileitung er...enden Aufrufe sofort Folge zu leisten. Der Parteitag er...chtigt die Parteileitung, alle auf den Massenstreik Bezug ...enden Verfügungen zu treffen.

Nach alledem erklärt der Parteitag: Falls trotz dieses ...mpfes der Arbeiterschaft dieser Gesetzentwurf hinter dem ...utze von Bajonetten und durch die im geschlossenen Kreise ...tfindendenVerhandlungen dennoch demLande aufoktroiert ...d, nimmt die Sozialdemokratische Partei an den auf der ...ndlage dieses Gesetzentwurfes basierenden Wahlen nicht ... l; mit ihren eventuellen Wahlberechtigten und mit der ...zen Kraft ihrer organisierten Massen wird sie vielmehr ... vereinigte parlamentarische Opposition unterstützen, um ... Revision des Wahlgesetzes zu erreichen. Die Partei wird ... Kraft daran setzen, daß diese Regierung und ihre Partei ...ichtet und das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht ...rhalb der kürzesten Frist zum Gesetze erhoben wird.

Bevor über die vorgelegte Resolution abgestimmt wurde, ...oben sich der Reihe nach die Vertreter der Eisenarbeiter, ... Holzarbeiter, der Bekleidungsindustrie, der graphischen ...er, der Lebensmittelbranche, der Verkehrsarbeiter, um ... Zustimmung zum Generalstreik zu erklären. Dieselbe ...lärung gaben Parteivertreter aus West- und Südungarn, ... den Komitaten diesseits und jenseits der Donau und der ...iß, zuletzt auch die Vertreter der verschiedenen Natio...itätsparteien ab; alle versicherten Krieg bis aufs Messer ...n die Regierung führen zu wollen. Genosse Bokany ...ß mit einer begeistert aufgenommenen Schlußrede den ...erordentlichen Parteitag. Auf alle politischen Kreise hat ... gewaltige Kundgebung einen mächtigen Eindruck ge...cht.

Aus der Partei.

Vom Rastatter Denkmalsfonds. Die Gelder, welche ... Schmückung und Unterhaltung des Sammelgrabes und ...kmals der 1849er Standrechtsopfer gewendet wer..., stehen unter der Verwaltung eines Komitees. Soeben ... der Rechner Franz Peter in Achern (Baden) den ...enbericht für das Jahr 1912.

Einnahmen:

...n Soziald. in Neukölln (durch A. Gl.)	19.— Mk.
...on W. Bade in Hamburg	29.— „
...ns (3½ Proz.)	41.64 „
...aldovortrag vom 1. Januar 1912	1086.22 „
Summa	1175,86 Mk.

Ausgaben:

...rabkranz	8,— Mk.
...rnerlohn	12,— „
...orto	—,95 „
Summa	20,95 Mk.
Vortrag auf neue Rechnung	1154,91 „

Dieser Betrag ist bei der Sparkasse Achern laut Spar... angelegt. Um weitere Zusendungen an die Adresse des ...ners wird gebeten.

Ein Sechzigjähriger. Gen. Ulrich-Offenbach beging ...28. Januar seinen 60. Geburtstag. Gen. Ulrich ist ...raunschweig geboren, seit 1873 aber in Offenbach wohn... Dem Reichstag gehört Ulrich mit dreijähriger Unter...ung seit 1890 an, 28 Jahre ist er Mitglied des hessischen ...tages und im Jahre 1885 wurde er als erster Sozial...rat in das Offenbacher Stadtparlament gewählt, wo ... Sozialdemokratie jetzt die Mehrheit besitzt. Ulrich ist der ...tälteste deutsche Landtagsabgeordnete unserer Partei; ...r einer der verdienstvollsten Verkämpfer unserer Be...ung, dem seine Überzeugung insgesamt etwa zwei ...e Gefängnis eingetragen hat.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe wurden ...n auf den 22. Februar vertagt. In der Zwischenzeit ... bis zum 15. Februar die bestehenden Gautarifämter ... dem Vorsitz eines Unparteiischen über die Forderungen ... Lohn- und Arbeitszeitfragen beraten und entscheiden. ... Vorsitzenden ist von beiden Seiten je ein nicht zum ...f gehöriger Vertrauensmann beizugeben. Die Resultate ... Verhandlungen sind binnen drei Tagen, mit Gründen ...hen und unter Beifügung des einschlägigen Materials, ...en geschäftsführenden Unparteiischen, Magistratsrat von ...ß, Berlin, einzusenden. Sie werden am 22. Februar ...den drei Unparteiischen und den Vertretern der Zentral...nisationen geprüft. Die eventuelle Genehmigung aller bisherigen und zukünftigen Verhandlungsresultate ist bis zum 28. Februar dem geschäftsführenden Vorsitzenden einzureichen. Am 15. Februar ablaufende Tarifverträge behalten bis zur endgültigen Genehmigung des neuen, doch nicht über den 28. hinaus, ihre Gültigkeit.

Aufhebung des Boykotts gegen die Firma Harry Trüller in Celle. Nach monatelangem Boykottkampfe gegen die Firma Trüller in Celle (Cakes-, Waffel- und Zwiebackfabrik), der geführt wurde, weil die Betriebsleitung den Arbeitern nicht das uneingeschränkte Koalitionsrecht zugestand und weil Herr Trüller jede Verständigung mit den Vertretern der Organisation über die Beilegung der Differenzen ablehnte, konnte mit Erfolg für die Arbeiter beendet werden. Die Firma hat nun endlich schriftlich erklärt: „daß ich meinem Personal die volle Koalitionsfreiheit, ja sogar die Zugehörigkeit zum Bäckerverbande freigestellt habe". Der Vorstand des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren hat nach dieser Wendung der Dinge den für die Boykottverhängung zuständigen Instanzen mitgeteilt, daß für ihn zunächst die Differenzen erledigt sind und eine am 18. Januar in Celle vom dortigen Gewerkschaftskartell einberufene Versammlung hat sich mit der Aufhebung des Boykotts einverstanden erklärt. Dank der kräftigen Boykottführung durch die allgemeine Arbeiterschaft in ganz Deutschland ist also auch der Vorsitzende des Verbandes der Cakes-, Waffel- und Zwiebackfabrikanten zu der Erkenntnis gekommen, daß sich die Arbeiter das Koalitionsrecht nicht vorenthalten lassen. Vielleicht sieht der Herr später noch ein, daß es nur sein eigener Vorteil ist, wenn er die Arbeiterverhältnisse in seinem Betriebe regelt. Denn davon ist heute noch keineswegs die Rede! Herr Trüller hat nur seinen Widerstand dagegen aufgegeben, daß die Betriebsarbeiter dem Zentralverbande der Bäcker und Konditoren beitreten, irgend welche Vereinbarungen, die sich auf die Arbeiterverhältnisse beziehen, sind nicht getroffen worden.

Essener Polizeipraktiken in Breslau. Die Essener Polizei hat bekanntlich vor längerer Zeit die Mitgliederlisten des Transportarbeiterverbandes widerrechtlich abgeschrieben und den Eisenbahnbehörden ausgeliefert, so daß auf Grund dieses Materials die Eisenbahnbehörde Maßregelungen vornahm. Bisher ist es nicht gelungen, die Essener Polizei wegen dieses rechtswidrigen Verhaltens zur Bestrafung zu bringen. Jetzt scheint diese Manier Schule zu machen. In Breslau wurde am Dienstag vormittag von 13 Polizisten eine zweistündige Haussuchung im Bureau des Transportarbeiterverbandes vorgenommen. Die Polizei suchte angeblich nach Quittungen von einem Streik, beschlagnahmte aber einige Papiere, die sich auf die Reichssektion der Eisenbahner bezogen, und einige Mitgliedskarten von ausgetretenen Mitgliedern der Sektion. Auf das Ungesetzliche seines Vorgehens aufmerksam gemacht, erklärte der die Haussuchung leitende Kommissar, er sähe die Sektion der Eisenbahner als eine geheime Verbindung an und leite hieraus das Recht zur Beschlagnahme her.

Soziales.

Zum Versicherungsgesetz für Angestellte. Im „Reichsanzeiger" vom 28. Januar werden Erläuterungen zu den §§ 390 und 392 des Versicherungsgesetzes für Angestellte (Schutz des mit Lebensversicherungs-Gesellschaften eingegangenen Versicherungsverhältnisses) veröffentlicht.

Wahlterrorismus bei den Beisitzerwahlen zur Angestelltenversicherung. Das Sammelbecken der reaktionären Angestelltenverbände, der „Hauptausschuß für die staatliche Pensionsversicherung" versucht jetzt ganz offen die kürzlich gewählten Vertrauensmänner, die in den nächsten Wochen die Beisitzer zu den Organen der Versicherung zu wählen haben, durch nacktesten Terrorismus zur Abgabe eines dem Hauptausschuß genehmen Stimmzettels zu bewegen. Er hat, wie uns jetzt erst bekannt wurde, durch Rundschreiben vom 11. Januar 1913 seinen Ortsvereinen folgende Anweisungen erteilt: „... Da die Stimmzettel spätestens am 20. Februar im Besitz der Vertrauensmänner sein werden, so ist dringend anzuraten, von diesem Tage ab eine ununterbrochene Bearbeitung der Vertrauensmänner durchzuführen. In der Zeit vom 20.—24. Februar muß deshalb täglich bei den Vertrauensmännern persönlich vorgefragt, täglich müssen sie zur Ausfüllung und Absendung der Stimmzettel angehalten werden. Da die Stimmzettel bereits vorgedruckt geliefert werden, so wird bei säumigen Vertrauensmännern der besuchende Vertreter den Umschlag mit dem ausgefüllten Stimmzettel verlangen und ihn dann selbst in den Briefkasten stecken..... Es wird wohl am zweckmäßigsten sein, wenn die in Nachbar- und ländlichen Kreisen wohnenden Vertrauensmänner kurzerhand zu einer „dringenden Besprechung in Sachen der Ämterwahlen zur Reichsversicherungsanstalt" eingeladen werden. In der Sitzung, zu der die Vertrauensmänner die Stimmzettel mitbringen müssen, wird deren richtige Ausfüllung besprochen und ausgeführt, sowie die Absendung an den Präsidenten der Reichsversicherungsanstalt veranlaßt." In dieser unverschämten Weise sollen nicht nur die Erwählten des Hauptausschusses, sondern auch die sehr zahlreichen unorganisierten Vertrauensmänner „bearbeitet" werden. Das Wahlgeheimnis, das im Gesetz ausdrücklich garantiert wird, ist damit illusorisch gemacht. Wenn so gewählt werden soll, sind die Wahlen ungültig. Was sagt der Präsident der Reichsversicherungsanstalt dazu?

Aus Nah und Fern.

Staatlicher Terrorismus. Der „Berliner Lokalanzeiger" meldet: „Gegen eine Anzahl Vorstandsmitglieder des Bundes deutscher Militäranwärter, der in Lichterfelde seine Geschäftsstelle hat und zurzeit 76 000 Mitglieder zählt, war in mehreren Anzeigen bei der vorgesetzten Behörde der Vorwurf erhoben worden, daß sie ihre Aemter, die ehrenamtlicher Natur seien, gegen Entgelt verwalteten. Die Behörde forderte darauf den zweiten Vorsitzenden, Landessekretär Weidel, ohne Angabe von Gründen auf, sein Amt niederzulegen; das Vorstandsmitglied Eisenbahnobersekretär Putz wurde im Interesse des Dienstes versetzt. Zwei andere Vorstandsmitglieder sind zum Bericht über die erwähnte Angelegenheit aufgefordert, aber in ihren Aemtern belassen worden. Zum Teil soll es sich darum handeln, daß die Betreffenden die Remunerationen, die ihnen von Seiten des Vereins zuflossen, bei der Steuererklärung außer Acht ließen; sie selbst wollen die fraglichen Gelder als Unkostenentschädigung angesehen haben." Was wird das staatserhaltende Preßgelichter gegen diese gewiß auf Denunziation beruhende Beamtenmaßregelung sagen?

„Humaner" Strafvollzug. Unser Königsberger Parteiblatt berichtet aus Allenstein: Das Oberkriegsgericht erkannte gegen einen Musketier wegen einiger Vergehen wider die heilige Disziplin auf fünf Monate Gefängnis. Vor dem Gerichtshof machte der Angeklagte geltend, daß ihm während Verbüßung einer Arreststrafe im Arresthause die Füße angefroren wären. Der Mann ist auch nachher im Garnisonlazarett längere Zeit behandelt worden. Selbstverständlich ist es Pflicht der Militärbehörde dafür zu sorgen, daß so etwas in Zukunft nicht mehr vorkommen kann.

Beim Spielen ertrunken. Beim Spielen am Ufer der Hochwasser führenden Lippe stürzten bei Lippstadt mehrere Kinder ins Wasser. Der Sohn des Briefträgers Alfes ertrank. Die anderen Kinder konnten gerettet werden.

Sechs Mann ertrunken. Aus Bordeaux wird telegraphiert: Eine mit sieben Mann besetzte Schifferbarke ist im Hafen von Mimizan gekentert. Der Eigentümer der Barke konnte sich retten, die übrigen ertranken.

Sieben Brandstifter verhaftet. Einem großen Feuerversicherungsbetrug zum Schaden der Posener Provinzialfeuersozietät ist man in Mrotschen im Kreis Wirsitz auf die Spur gekommen. Die 2500 Einwohner zählende Stadt Mrotschen wurde innerhalb sechs Wochen über zwanzigmal von Bränden heimgesucht, so daß schließlich der Verdacht der Brandstiftung auftauchte. Ein Posener Kriminalbeamter logierte sich unter falschem Namen als Versicherungsagent in Mrotschen ein, und es gelang ihm in kurzer Zeit, seine Recherchen so weit zu bringen, daß sieben Einwohner wegen Brandstiftung verhaftet werden konnten. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Die Pariser Apachen. Ein mit großer Frechheit ausgeführter Raubanfall hat sich vor den Toren von Paris ereignet. Ein elektrischer Straßenbahnwagen wurde Montag nachmittag gegen 5 Uhr, also am hellen Tage, in Noisy-le-sec von sechs Banditen überfallen, die den erschreckten Schaffner mit vorgehaltenem Revolver zwangen, ihnen seine Tageseinnahme von etwa 50 Fr. auszuhändigen und sich dann an die Ausraubung der Passagiere machten. Während sie noch damit beschäftigt waren, die Fahrgäste auszuplündern, bemerkten einige in der Nähe weilende Polizisten den Vorfall und eilten herbei, um die von den Banditen Bedrängten zu befreien. Es entstand ein lebhafter Revolverkampf zwischen den Polizisten und den Banditen. Schließlich gelang es den Polizisten, drei Banditen kampfunfähig zu machen und zu verhaften, während die übrigen entflohen. Als der Wagen von Noisy-le-sec wieder nach Paris zurückfahren sollte, wurde er vorsichtshalber von drei Polizeibeamten in Zivil begleitet. Diese Vorsicht erwies sich auch als sehr angebracht, denn nach kurzer Zeit sprangen die entflohenen drei Banditen wieder auf den Wagen und versuchten, die Ausplünderung der Fahrgäste fortzusetzen. Die Polizeibeamten in Zivil zogen aber sofort ihre Revolver, und nach einer längeren Schießerei gelang es, auch noch die letzten drei Banditen festzunehmen. Es handelt sich durchweg um Burschen von 18—20 Jahren, die offenbar durch die Lektüre von Nick Carter und sonstigen Schauerromanen zu ihrem Raubzug veranlaßt worden sind.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

...enstag abend entschlief sanft ... längerem Leiden meine liebe ..., meiner Kinder treu-sorgende ...ter

...lisabeth Schwerin
geb. Berner

...48. Lebensjahre, tief betrauert ...den Ihrigen.

...inr. Schwerin und Kinder.
...übeck, den 30. Januar 1913.
...Elswigstraße 45a.

...e Trauerfeier findet am Sonn...g, dem 1. Februar, 1½ Uhr in ...Kapelle Vorwerk statt. (735

...otte Damen-Masken-Anzüge ...vermieten. Nach 6 Uhr abends. Glockengießerstraße 6, H.

...elte Dam.-Masken-Anzüge ...ermieten. (729 Dröggestraße 26.

...schicke Damen-Masken-Kost. ... zu vermieten. (711 ...Breite Straße 24, part. Flügel.

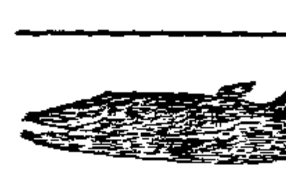
Trauerfallhalber
...t mein Geschäft am Freitag, **31. Januar,** nachmittags von 2—5 Uhr, geschlossen.

...ilhelm Kahloth,
Untertrave 113.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Lederhosen	2.20—6.45
Maurerhosen	2.60—6.75
Schlosserhosen	1.88—5.25
Überziehhosen	1.08—2.35
Zwirn-Hosen	1.68—3.25

leinene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Litewken, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**



Achtung! Freitag morgen verkaufe auf dem **Brolingplatz,** Holstentor: **Seelachs** Pfd. 25 Pfg., **Kabeljau** Pfd. 30 Pfg., **Dorsch, Goldbutt** billigst. (730
Emilie Boy, Königstraße 61.

Ein Terrier zugelaufen,
weiß und braun gefleckt. Abzuholen ... 724) Schwartauer Straße 15a.

Bertha Suttner:
Die Waffen nieder!
ist jetzt wieder vorrätig.
Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Der
Neue-Welt-Kalender
für 1913
Preis 40 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Bettfedern

Bettfedern u. Daunen
Inletts Bettwäsche
Gebr. Hefti
Lübeck
Untertrave 111/112.
bei der Holstenstr.